

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 44 vom 31. Oktober 1980

14. Jahrgang

1 DM

Konzertierte Aktion von Regierung und Unternehmern

## Matthöfer will Lohnsenkungen

SPD übernimmt Strauß Wirtschaftsprogramm

ONN. — Drei Wochen nach der Bundestagswahl beginnen die Regierungsparteien damit, die Karten auf den Tisch zu legen. Hatten sie noch im Wahlkampf die Attacken der CSU auf die Staatsverschuldung mit dem Argument zurückgewiesen, mit Krediten würden Arbeitsplätze gesichert, so ist davon jetzt keine Rede mehr. Jetzt ist der Sparhaushalt Trumpf.

Massive Änderungen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung sollen die Neuverschuldung um rund 9 Milliarden Mark in den nächsten drei Jahren verringern.

Gespart werden soll dabei vor allem an Subventionen und an den Werkstätten im öffentlichen Dienst. Diese sollen auf Lohnangleichung verzichten und einen Einstellungsstopp hinnehmen. Unter den Strich der Subventionskürzer fallen vor allem Ökostationen und die Sparförderung. Auch das gesamte Sozialwesen soll „durchgekümmert“ werden.

Damit wird voll die Argumentation von Strauß und Stoiber im Wahlkampf übernommen, die dort ihre Attacken gegen den „bürokratischen Sozialstaat“, der immer mehr kosten würde, ritten.

Eingebettet in zahlreichen Stellungnahmen von Großkapitalisten und den Chefs der Monopolbanken hat auch Wirtschaftsminister Lambsdorff sei-

ne Erklärung abgegeben, man müsse im nächsten Jahr mit realen Lohnverlusten rechnen. Hier wird es offensichtlich zwischen den Regierungsparteien keinen Streit geben, hier herrscht Einheit.

Nicht umsonst gehören zu den Verhandlungsdelegationen von SPD und FDP nicht nur Matthöfer und Lambsdorff, sondern auch der FDP-Vize Hoppe, der bereits eine „Allparteienkoalition zum Schuldenabbau“ gefordert hat.

Dementsprechend hat jetzt auch bereits der Kapitalistenverband Gesamtmetall eine „offensive Lohnrundenargumentation“ begonnen, mit der er seinerseits Stimmung machen will für Lohnsenkungen. Alle sind sich einig: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten können angeblich nur durch private Investitionen beseitigt werden, und dafür müssen die Werkstätten Sozialabbau, Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit hinnehmen, damit für die Unternehmer ein Investitionsanreiz besteht.

Besonderes Thema wird bei den Verhandlungen über die Regierungserklärung auch die Schlüsselrolle der Bauwirtschaft sein, die ernste Krisenzeichen meldet. Der Wohnungsbau sank seit dem Jahr 1973, vor der letzten Krise um 49,5 Prozent.

So werden die Signale gesetzt, die Weichen auf Kursänderung gestellt. Auf Kursänderung im Sinne des Großkapitals, auf Kursänderung im Sinne von Strauß. Wer sich vor drei Wochen von der Wahl erwartet hatte, mit SPD und FDP eine Sicherung für den sozialen Besitzstand zu wählen, sieht sich aufs grösste getäuscht.

Überall werden Preissteigerungen vorbereitet, mit neuen Entlassungswellen wird jetzt bereits regierungsmäßig gerechnet. Mietsteigerungen, Lohnsenkungen und soziale Kürzungen runden das Bild der neuen Bonner Wirtschaftspolitik ab. Neu in dem Sinne, daß nun der offene Angriff auf die Lebenslage der Werkstätten gestartet wird.



**Gegen Atomraketen** In der Bundesrepublik und gegen das Bonner Atomprogramm demonstrierten am Wochenende 10.000 Menschen in Nordhorn-Lingen. Teilnehmer kamen auch aus den Niederlanden. Ein von Demonstranten auf dem Bauplatz des geplanten Lingener KKW als Symbol des Widerstands errichtetes „Freundschaftshaus“ wurde von der Polizei zerstört.

## Bonn droht mit der Sprengung des Stahlkartells

Vor dem Hintergrund der Stahlkrise

BRÜSSEL. — Endlose Besprechungen kennzeichneten am Wochenende die Vorgänge in Brüssel. Es wurde über das von der EG-Kommission geplante Modell der Produktionsverminderung bei Stahl verhandelt. Dabei war die Front eindeutig: Bonn gegen alle.

Nachdem bereits in der vorletzten Woche alles klar schien mit der Anwendung des Paragraphen 58 des Vertrages der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), kam der massive Widerstand aus Bonn für viele einigermaßen überraschend.

Graf Lambsdorff machte sich zum Sprecher der westdeutschen Stahlbarone, als er erklärte, die modernisierte deutsche Stahlwirtschaft werde diese Quoten keinesfalls akzeptieren, insbesondere nicht bei der Erzeugung von Edeltählen. Hier soll eine Verbesserung erreicht werden, das ist der Sinn des ganzen.

„Wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen!“ tönte der Versicherungsfürst der Presse gegenüber. Die anderen europäischen Stahlmonopole sollen eben zusehen, wie sie über die Runden kommen, die Westdeutschen wollen ihre Vorteile im Konkurrenzkampf nicht aufgeben. Daß dabei gleichzeitig ein beispielloser Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeitsplätze durchgeführt wird, das kümmert den Grafen bei seiner Demagogie wenig. Diese Verhandlungen um Kompromisse sind ein Zeichen dafür, was von kapitalistischen Gemeinschaften zu halten ist, wenn die Lage ernst wird: gar nichts, jeder kämpft um seine Vorteile.

## Letzte Meldung

### Türkei: Antifaschist hingerichtet

ADANA. — Erneut wurde von der faschistischen Militärjunta in der Türkei ein Antifaschist durch den Strang hingerichtet. Der regierende „Nationale Sicherheitsrat“ hatte am 24.10. das von einem Militärgericht in Adana gefällte Todesurteil bestätigt.

Der 22-jährige wurde hingerichtet, weil er an einer Demonstration teilnahm, bei der ein faschistischer Offizier am 14. September, also zwei Tage nach dem Militärputsch, ums Leben kam.

Dies ist bereits die dritte offizielle Hinrichtung seit dem Militärputsch. Die Zahl der Verschwundenen nimmt immer mehr zu.

## Wahlfarce in Südkorea

### Freibrief für Chuns Diktatur Neue Terrorurteile

SEOUL. — Eine „Verfassung“ legte in der letzten Woche Südkoreas Diktator Chun der Bevölkerung zur Abstimmung vor. „Der Gang zu den Wahlurnen führte durch ein Spalier von Bajonetten“, schrieb eine Zeitung dazu.

Unter den heute in Südkorea herrschenden Verhältnissen kam dann auch die von den Generalen gewünschte Mehrheit für ihre Verfassung, die ihnen einen Freibrief ausstellt, zustande. Trotzdem hatten sie nicht verhindern können, daß in den Tagen vor der Wahl in verschiedenen Städten, hauptsächlich in Seoul zum ersten Mal seit der Niederschlagung des Volksaufstandes von Kwangju wieder öffentliche Protestaktionen stattfanden. Vor allem die Universitäten der Hauptstadt waren dabei Schauplatz recht großer Kundgebungen.

Währenddessen setzt sich im Lande die Verhaftungs- und Prozeßwelle fort, bringt die

Zensur der Geheimdienste jede kritische Stimme in Presse und Verlagen zum Schweigen. Trotzdem kursieren immer wieder Flugblätter, vor allem der illegalen Gewerkschaften, die an Kwangju erinnern und Freiheit für Kim Dae Jung und seine Mitangeklagten, für alle politischen Gefangenen fordern. Dem entgegen fällt ein Militärgericht jetzt neue Todesurteile.

Der Protest setzt sich weltweit fort. Auch in der Bundesrepublik, wo am letzten Wochenende in Köln ein Südkorea-Tribunal stattfand, das die südkoreanischen Putschisten anprangerte und die Freiheit der angeklagten Demokraten forderte.

## Kossygin trat zurück

# Krise in der Sowjetwirtschaft

MOSKAU. — Alexey Kossygin, Ministerpräsident der UdSSR seit dem Putsch gegen Chruschtschow im Jahre 1964, ist auf der Sitzung des Obersten Sowjet zurückgetreten. Die Tatsache, daß er, entgegen den Bestimmungen beim Obersten Sowjet, auch den Rücktritt von seiner Funktion im Politbüro der sowjetischen revisionistischen Partei beantragte, weist darauf hin, daß Krankheitsgründe einmal mehr vorgeschoben wurden.

Die Sitzung des Zentralkomitees der Partei, die nur einen Tag vorher stattgefunden hatte, und auf der, wie auch auf der Tagung des Obersten Sowjet, eine miserable Bestandsaufnahme der sowjetischen kapitalistischen Wirtschaft gemacht werden mußte, war hier wohl der Grund.

Die Bilanz des letzten Jahres, insbesondere in der Versorgung der Bevölkerung ist in der Tat katastrophal. Gleichzeitig entdeckte Leonid Breschnew die Tatsache, daß die sowjetische

Wirtschaft zu sehr von westlicher Technologie abhängig sei. Offensichtlich wurde dies alles Kossygin angelastet, der seit 1964 bis 1966 bereits Vorkämpfer einer offen kapitalistischen Wirtschaftsreform gewesen war, die sich an den Theorien des im Westen hochgelobten Ökonomen Liberman orientierte.

Mit Kossygins Nachfolger Tichonow rückt ein Mann nach, der direkt aus dem Beschaffungsapparat des Militärs kommt.



**Käuferschlangen:** Die Landwirtschaftsreformen seit dem Machtantritt der Moskauer Revisionisten haben die Versorgung immer mehr verschlechtert.



## Kommentar der Woche

Die Erhöhung, Verdoppelung des Mindestumtauschsatzes für DDR-Reisen ist eine Schikane. Sie trifft, allen Beteuerungen zum Trotz, nur die Werktätigen dieses Landes. Beiderseits der Grenze.

Die Begründungen, die für diesen brutalen Schritt angeführt werden, sind ebenso durchsichtig wie verlogen.

Es würde „mit der DDR-Währung spekuliert“. Tatsache ist, daß diese Spekulationen gleichgültig welchen Umfang sie haben mögen, überhaupt nicht möglich wurden eben durch Honeckers ureigenste Politik. Wer, wenn nicht seine Partei und seine Regierung haben denn die Westmark zur zweiten Währung in der DR gemacht, wer hat denn die Inter-shop-Ketten aufgezogen, und so weiter und so fort?

# Honeckers Schikanen

Bleibt als Ergebnis, daß man nun doppelt so viel bezahlen muß, um Verwandte besuchen zu können. Geld für das, und dies weiß jeder, der schon in der DDR war, oft genug keine sinnvolle Möglichkeit da ist, es auszugeben, wenn man es hat.

Um es klarzustellen: Die KPD, der „Rote Morgen“, wir haben stets die Forderung nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik verteidigt und erhoben, im Interesse des Friedens und der deutschen Nation. Es ist deshalb klar, daß wir gegen die revanchistischen Maßnahmen der Bundesrepublikanischen Behörden sind, die eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft nicht anerkennen mögen.

Aber: wenn Erich Honecker gerade jetzt, gerade im Zusammenhang mit der Verdoppelung des Zwangsumtausches diese Forderungen, nach der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft erhebt, so ist dies eine pure Provokation. Am 8. November dieses Jahres jährt sich — beispielsweise — zum achten Mal der Tag, an dem der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten paraphiert wurde, am 21. Dezember 1972 wurde er ratifiziert.

Wo bleiben und wo blieben Honeckers Forderungen damals und in der Zeit danach bis heute? War es nicht vielmehr so, daß Honecker Ulbricht ersetzte gerade wegen dessen Beharren auf der Anerkennung der DDR als Voraussetzung für alles Weitere, was seinen Moskauer Herren nicht mehr ins Konzept paßte? War es nicht derselbe Honecker, unter dessen Führung die SED ihr Programm und die DDR ihre Verfassung änderten? Die die deutsche Nation aus der eigenen Politik strichen, und mit ihr auch all das, wofür die deutsche Friedensbewegung nach dem Kriege gekämpft hat?

Nein, es liegt offen auf der Hand: Honecker geht stramm auf Abgrenzung. Er tut es auf seine, bürokratisch-reaktionäre, arbeiterfeindliche Weise. Das paßt zu dieser Politik im Moment, da noch Manövertruppen an Polens Grenze stehen, paßt zu ihr in einem Augenblick, da Breschnew plötzlich entdeckt hat, daß seine Wirtschaft zu sehr von westlicher Technologie abhängt.

Honecker geht auf Abgrenzung nicht wegen dieser oder jener reaktionären weltlichen Maßnahme — dann hätte er schon längst auf Abgrenzung gehen müssen. Es ist das Gespenst Polen, das umgeht. Es sind die arbeitenden Menschen, die eingeschüchtert werden sollen. Es ist das Bild der Einheit, das Honeckers Mannschaft auf ihrem 10. Parteitag abgeben will. Dafür soll bezahlt werden — von den Werktätigen. Daß sie betroffen sind, ist diesem Erzevangelisten ebenso egal, wie daß er damit der äußersten Reaktion Munition liefert. Welch ein krasser Unterschied zum Jahr 1948, als die westliche Spaltungstätigkeit in Berlin blockiert wurde, und die Ostbehörden alles taten, damit diese Maßnahmen nicht die Werktätigen trafen!

Es steht zu hoffen, daß möglichst viele Genossen der DKP dieses schmutzige Spiel nicht mitmachen, das ihre Partei unterstützt.

Für die Kommunisten unserer Partei ein Grund mehr, die revisionistische, arbeiterfeindliche Politik von SED und DKP zu entlarven.

Helmut Weiss

## Nach dem Vorbild Maggie Thatchers

# Matthöfers Sparprogramm gegen die Werktätigen

## Soziale Demontage und Steuererhöhungen

BONN.— Am letzten Wochenende wurden die konkreten Vorschläge von Finanzminister Matthöfer für die Staatshaushalte der nächsten Jahre bekanntgegeben. Diese dürften nicht nur die lebhafteste Zustimmung des Grafen Lambsdorff finden, sondern die Zustimmung all jener, die sich am offen arbeiterfeindlichen Wirtschaftsprogramm einer Margaret Thatcher in Britannien orientieren.

An der Spitze dieser Maßnahmen steht die massivste Steuererhöhung der Geschichte der Bundesrepublik: die Erhöhung der Mineralölsteuer um sage und schreibe 7 Pfennig je Liter. Das sind, rund gerechnet, 14 Prozent mehr als bisher. Die Erhöhung der Braunkohlesteuer um 3 Mark je Liter bedeutet ebenfalls einen Rekordbeitrag. Rigoros gestrichen werden die verschiedenen Sparbeiträge — die Zeit der Propaganda für „Vermögensbildung im Arbeitnehmerhand“ ohnehin eine demagogische Lüge angesichts der Geldentwertung, ist wohl endgültig vorbei. Die Streichung der Mineralölsubventionen bedeutet Verteuerung des Nahverkehrs, Ruin weiterer Bauern und Schiffer.

Besonders kraß treffen die geplanten Maßnahmen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Einstellungsstopp für ein halbes Jahr und Lohnkürzung durch Fortführung der bestehenden Tarifverträge sollen hier eine schnelle und direkte Senkung des Lebensstandards bewirken.

Aber noch weitere Kürzungen sind eingeplant: so vor allem im Hochschulwesen und, am gravierendsten, in der Arbeitslosenversicherung. Hier wird bereits ganz offen von einem Bruch weiterer Wahlversprechen geredet, nämlich von der Erhöhung aller Sozialabgaben.

Sollen mit diesen Erhöhungen die Sozialabgaben bereits 9 Milliarden Mark aus den Taschen der arbeitenden Menschen gezogen werden (siehe RM 42), so bedeutet allein die Anhebung

der Mineralölsteuer weitere 9,9 Milliarden zusätzlicher Steuern in den nächsten vier Jahren.

Ebenfalls zum Programm gehört, wie aus den Vorschlägen des Finanzministeriums ersichtlich, die vom Wirtschaftsminister geforderte grundsätzliche Änderung der Wohnungsbau- und Mieterhöhungen sollen in Zukunft willkürlich, ohne jede Einschränkung diktiert werden können, um, wie Lambsdorff sagte und Matthöfer bekräftigte, dem Kapitalanleger seine Rendite zu sichern.

Die Verabschiedung dieses äußerst harten Programms, um das es natürlich noch Auseinandersetzungen geben wird, signalisiert eine Wende in der Lage der Bundesrepublik. Die kapitalistische Krise, die heute Westeuropa voll erfaßt hat, wirkt sich auch im einstigen Wirtschaftswunderland aus. Kernindustrien wie Automobilindustrie und Chemieindustrie sind davon betroffen, gar nicht zu reden vom Stahl und den Werften. Auch beim Bau und in der Elektroindustrie mehrten sich die Krisenzeiten. Die staatlichen Gelder werden von den Monopolen immer dringender verlangt.

So, vor diesem Hintergrund, ist die konzentrierte Aktion der letzten Wochen zu sehen, die erreichen soll, daß die westdeutschen Werktätigen möglichst ohne viel Widerstand den kapitalistischen Opfer bringen. Ob der DIHT-Chef Wolff von Amerongen fordert, Arbeitsplätze zu vernichten, Bundesbank-Chef Pohl und Sparkassen-Chef Geiger in den Chor der Großbanker

einfallen und die Kürzung der Staatsausgaben fordern, oder ob Innenminister für den öffentlichen Dienst und Monopolverbände für die Industrie Lohnsenkung verlangen, oder ob Lambsdorff amtlich Pessimismus verbreitet — das alles liegt auf dieser Linie.

Und diese Politik wird auf allen Ebenen durchgezogen: Schon jetzt sind die Stadtkämmerer verschiedener Großstädte ebenfalls dabei, den Roststift an die Sozialausgaben zu legen, werden Sparprogramme auf Länderebene für das Erziehungssystem angepeilt und gleichzeitig neue „Elite“-Theorien massenweise verbreitet.

Bezeichnend dabei ist, daß diese gesamten Sparpläne in Wirklichkeit nur Pläne der sozialen Demontage darstellen. Dies wurde seit langem durch ständige Berichterstattung über angeblichen Mißbrauch aller möglichen Einrichtungen vorbereitet und wird jetzt durch eine gleichgeschaltete Propagandakampagne von „Spiegel“ bis „Bild“ unterstützt.

Matthöfers Plan, wie er bis jetzt ist, sieht immer noch Ausgabensteigerungen vor. Sie sollen aber für die Zeit bis 1983 um 9 Milliarden unter der mittelfristigen Vorausplanung liegen. Die Neuverschuldung aber wird nicht um diese 9 Milliarden weniger steigen, sondern nur um 3,8 Milliarden gegenüber der Planung herabgesetzt. Bleiben allein rechnerisch 5,2 Milliarden Mark vorhandener Gelder zur Umverteilung übrig. Die Rüstungspläne liegen in den Schubladen.

bruch aller wirtschaftlichen Beziehungen, einschließlich der Entwicklungshilfe. Konsul Sanchez, der bereits bundesweit bekannt geworden war durch seine mutige Haltung, als er sich nicht abtun ließ und sich auch nicht in den Dienst der Junta stellte, hält nun, zusammen mit anderen Hungerstreikenden das bolivianische Konsulat in Hamburg besetzt, um den Amtsantritt seines illegalen „Nachfolgers“ zu verhindern.

Auf Antrag des in Bremen amtierenden faschistischen Konsuls hat die Bundespost jetzt bewilligt, daß alle Post die an das Hamburger Konsulat geht und nicht persönlich an Konsul Sanchez gerichtet ist, nach Bremen umgeleitet wird. Damit wird nicht nur ausgedrückt, daß man die Putschisten anerkennt, sondern es werden auch bolivianische Briefschreiber, die sich in Unkenntnis der Sachlage an das Konsulat wenden, den Faschisten bekannt gemacht.

Die Teilnehmer der Solidaritätsveranstaltung vom 22. Oktober wandten sich deshalb mit Protesttelegrammen an die Minister Genscher und Gscheide-

w. Unterstützen wir den Kampf des bolivianischen Volkes um seine Freiheit, unterstützen wir den Kampf des Konsuls Sanchez gegen die Hilfe der Bundesregierung für die Faschistenjunta!

Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Deutschen Bundesrepublik zu den bolivianischen Faschisten!

## Meldungen

# Faschisten- vorlesung von CSU organisiert

WÜRZBURG.— Am Institut für Demokratieforschung der Universität Würzburg hatte der CSU-Finanzminister Streibl einen gemeinsamen Auftritt mit einem Repräsentanten der chilenischen faschistischen Junta.

Organisiert wurde dieses Symposium vom CSU-Professor Bossle, bei dessen Amtsantritt es bereits heftige Proteste von Seiten der Studenten gegeben hatte. Neben Streibl war als Redner auch Miguel Kast, der chilenische Minister für Wirtschaftsplanung eingeladen. Kast, der die Wirtschaftspolitik Chiles so „plant“, daß die multinationalen Konzerne heute wieder die Wirtschaft fest in der Hand haben, konnte seinen Gesinnungsfreunden bestimmt viel Interessantes erzählen.

## Kein Sparhaushalt im bayerischen Landtag

MÜNCHEN.— Im Gegensatz zu sonst überall zu vernehmen den Bekundungen, gibt es im bayerischen Landtag kein Sparprogramm — für den Landtag.

Rund 400 000 Mark wurden jetzt zur Neuausstattung von Konferenzräumen und Wandelhalle ausgegeben. Ein Barscheck für Abgeordnete war ebenso dabei wie die obligaten teuren Teppiche...

## Großdemonstration für Psychiatriereform

BONN.— Rund 6 000 Menschen demonstrieren am vorletzten Wochenende in Bonn für die Reform der Psychiatrie.

Die Teilnehmer, die einem Aufruf der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie folgten (DGSP), protestierten damit vor allem gegen die „Psychiatrischen Großkrankenhäuser“, Hauptumsatzfeld der Chemiemonopole für Beruhigungspillen.

Obwohl seit über fünf Jahren Gutachten zur Reform des Psychiatrischen Gesundheitswesens vorliegen, ist seitdem nichts geschehen. Bezeichnend war denn auch, daß eine der Hauptparolen während der Demonstration der Ruf „Pillen killen“ war, mit dem der unmenschlichen Behandlung von rund 100 000 Insassen solcher Großkrankenhäuser der Kampf angesagt wurde.

Auf dieser Demonstration verurteilten auch verschiedene Redner die „Euthanasie“ genannte Mordpolitik der Faschisten, deren politische Auswirkungen in Form der sozialen Ausgrenzung heute noch bestehen.

## Verstoß gegen Arbeitsgesetz: 6 Mark

MÜNCHEN.— Die bayerische Gewerbeaufsicht, so teilte Sozialminister Pirkel mit, habe in diesem Jahr 325 516 Beunruhigungen festgestellt, bei denen gegen gültige Vorschriften verstoßen wurde.

Das waren rund 21 000 oder fast 7 Prozent mehr als im Vorjahr, eine Tendenz, die sich schon seit langem zeigt. Die daraufhin ausgesprochenen Verwarnungen und Bußgelder brachten die Summe von 1,9 Millionen Mark. Macht im Durchschnitt 6 Mark pro Verstoß. Gut angelegtes Geld für einen echten Unternehmer.

## Hungerstreik in Hamburg

# Konsul Sanchez berechtigte Forderungen

## Bundesregierung wegen Unterstützung bolivianischer Faschisten angeprangert

HAMBURG.— Dem Hungerstreik des bolivianischen Generalkonsuls in Hamburg haben sich inzwischen zehn Mitglieder des CONADE, Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien, angeschlossen. Sie fordern die Änderung der Politik der Bundesregierung gegenüber der faschistischen Junta.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung am 22. Oktober hatte Konsul Juan Emilio Sanchez den Beginn seines unbefristeten Hungerstreiks erklärt, mit dem er

zwei Forderungen verbindet:

Den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu den bolivianischen Putschverbrechern und den Ab-



Opfer des faschistischen Terrors: die Werktätigen Boliviens! Unterstützen wir ihren mutigen Kampf für Freiheit und für ihre gewählte Regierung!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 48 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 48 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-481, Bankkonto: Stadsparkasse Dortmund Nr. 321 000 280 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 48 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 28 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



„Das Beste zum 10. Parteitag“

# SED-Führung zieht die Schrauben an

Plandiskussion '81 in einer Brigade. „Um das zu schaffen, brauchen wir mehr Kräfte“, meinen die Kollegen. Deckt eure Reserven auf. Ihr müßt die Arbeitszeit besser ausnützen. Nicht so viele Zigarettenpausen machen.

So kommt es von oben. Den Bonzen wird in den Betrieben zuwenig gearbeitet. Und schon seit Monaten trommeln sie wie nie zuvor zu „höheren Leistungen“. Aktuelle Maßnahmen:

- Im März dieses Jahres wurden den Betrieben von der SED-Spitze zwei zusätzliche Tagesproduktionen empfohlen. Die Kollegen können jetzt die Suppe auslöffeln. Auch die Plandiskussion für 81 zeigte, daß die höchsten Bonzen gewillt sind, die Produktion sprunghaft und voll auf Kosten der Arbeiter zu steigern. Die meisten Betriebe planen für 1981 Zuwachsraten, die das bisher Dagewesene weit in den Schatten stellen. Für die Arbeiter wird das nur noch mehr Sonderschichten, Überstunden und Hektik bringen.

- In Plandiskussionen für 81 wurden in nicht wenigen Betrieben offene Töne gegen die Werktätigen laut. So forderte ein Leiter in einem Berliner Kombinat, Fonds für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sollten im Betrieb künftig gezielt dort eingesetzt werden, wo für den Betrieb effektiv etwas herauskommt.

- Erstmals soll in der Industrie mit der Freisetzung von Arbeitskräften Ernst gemacht werden. In die 51er Betriebspläne werden verbindliche Auflagen zur Einsparung eines Teils der Belegschaft aufgenommen. Bisher sparten die Betriebe nur relativ, nach der sogenannten „Häute-Rechnung“, Arbeitskräfte ein.

## Weniger Arbeitsplätze — noch mehr Belastung

Im PCK Schwedt wird die sogenannte Initiative „Weniger produzieren mehr“ vorexerziert. Dort werden innerhalb von vier Jahren 2.400 Betriebsangehörige ihren alten Arbeitsplatz verlieren, das ist ein Viertel der gesamten Belegschaft. Dieses Beispiel macht bereits Schule und wird von der SED groß herausgestellt.

Natürlich will uns die SED-Propaganda weißmachen, das Mehr an Produktion bei geringerer Arbeitskräftezahl würde durch modernisierte Technik und verbesserte Arbeitsorganisation herauskommen. Aber, daß das Luftschlosser sind, weiß der Arbeiter am besten. Wo Arbeitsplätze im großen Stil weg-rationalisiert werden, wächst für die Betroffenen die Arbeitsbelastung. Die Versetzung vom

alten Arbeitsplatz nutzen die Bonzen, um Druck auf die Kollegen auszuüben. Die Freisetzung von Arbeitskräften soll so die Arbeiter noch mehr unter die Fuchtel der Bosse bringen.

## „Der faule Arbeiter“ — gemeint sind wir alle

Seit Monaten machen Presse, Funk und Fernsehen Stimmung gegen die „faulen Arbeiter“, wird verschärfter Antreiberei das Wort geredet. „Müßte man sich nicht stärker im Kollektiv mit denen auseinandersetzen, die zu oft eine Rauchpause brauchen, die sehr zeitig ihre Sachen packen und ihre eigene Ansicht vom Feierabendmachen haben?“ läßt so zum Beispiel die BZ in einem Bericht über den VEB-Fortschritt Berlin fragen. Betrügerisch werden Faulheit, Unehrlichkeit und Pfuscherei einiger angegriffen. Gemeint sind wir alle. Schließlich werden doch für alle die Schrauben angezogen, wachsen überall die Planaufgaben, wird immer mehr dreischichtig gearbeitet, steigt die Arbeitsbelastung allerorts. Außerdem: Wenn Leiter durch Fehlentscheidungen Millionen vergeuden, im großen Stil in die eigene Tasche wirtschaften, wenn in der Verwaltung die Arbeitszeit nutzlos verstrichen wird — wer wird da schon zur Verantwortung gezogen?

Doch wenn der Arbeiter einen Sack Zement kauft oder in der Arbeitszeit mal Privatarbeit macht, predigen die Herren Moral und fordern strenge Bestrafung.



Arbeiter im Chemiekombinat Bitterfeld/DDR

## Bürokratischer Kapitalismus

Die SED-Propaganda sagt uns heute ziemlich offen: Wir müssen alle jetzt mehr arbeiten, damit wir unseren Lebensstandard halten können. Denn die Wirtschaft stecke durch die Preisexplosion auf dem Weltmarkt in Schwierigkeiten. Bekanntlich bezieht die DDR-Wirtschaft den übergroßen Teil entscheidender Rohstoffe, vor allem Erdöl und Erdgas aus der SU. Der große Bruder benutzt die Rohstoffabhängigkeit der DDR-Wirtschaft, um sie nach Strich und Faden zu schröpfen. Doch die gegenwärtige Wirtschaftsmisere hat auch innere Ursachen. Betriebsegoismus, allgemeines Gegeneinander, Chaos einerseits, bürokratische Hemmnisse, die zu Stagnation und Lähmung führen andererseits, sind typische Merkmale der heute bürokratisch-kapitalistischen DDR-Wirtschaft.

## ... am langen Arm Moskaus

Weil Bürokratismus und allgemeine Unplanmäßigkeit die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch rationelle Arbeitsorganisation und vor allem wissenschaftlich-technischen Fortschritt hemmen, nimmt die Steigerung der Arbeitsbelastung, der Arbeitsintensität in unserer Wirtschaft einen zentralen Platz ein.

Auf unsere Kosten soll der Wirtschaftskarren am Laufen gehalten werden, den die Bonzen in den Dreck gefahren haben. Die Lasten der Wirtschaftsmisere sollen wir tragen.

## Korrespondenzen aus der DDR



## Eine Verkäuferin berichtet

Ich bin Verkäuferin in einem kleinen Laden in Berlin, der abseits von I-Shops und Ex-Läden liegt. Er ist also kein Prunk- und Renommierstück und sieht dementsprechend aus. 40 Quadratmeter Größe — da herrscht schon bei zehn Kunden ein mächtiges Gedränge. Für Käufer und Verkäufer ist das belastend. Zur Kasse muß man sich durchzwängen und kann sich kaum in Ruhe umsehen. Einen neuen Anstrich könnte der Laden schon lange vertragen. Auch sonst sind die Bedingungen für uns Verkäuferinnen wahrlich nicht optimal. Ein kleiner Raum dient als Büro-, Umkleide- und Aufenthaltsraum. Komplette wird die Misere, wenn ich an die sanitären Einrichtungen denke. Eine Zeitung mußten wir in einem Nachbarladen aufs Klo gehen, da unseres kaputt war und es eine Ewigkeit gedauert hat, bis jemand kam, um es zu reparieren. Im Winter herrschen bei uns im Laden mitunter Tempe-

raturen, die einem Hände und Füße absterben lassen. In den letzten beiden Wintern wurde die Kohle so rationiert, daß wir schon die Öfen mit Pappe geheizt haben. Das war aber kein Ausnahmefall. Einige Läden mußten sogar schließen, weil die Kohlen gänzlich ausgegangen waren. Oftmals gibt es für uns keine Möglichkeit, eine warme Mahlzeit zu uns zu nehmen. Dann gibt es eben abwechselnd Bockwurst oder Kuchen. Fraglich ist bloß, ob das auf die Dauer gesund ist. Auch bei uns machen sich die fehlenden Arbeitskräfte bemerkbar. Reinigungskräfte stehen unserer kleinen Verkaufsstelle natürlich nicht zur Verfügung. Nach Geschäftsschluss muß der Laden von uns sauber gemacht werden. Während der Öffnungszeit darf kein Besen in die Hand genommen werden. Das heißt für uns Verkäuferinnen, unbezahlte Überstunden zu machen. Auch an Lagerarbeitern, die die schweren Transportarbeiten überneh-

men, mangelt es. Die wenigen männlichen Kollegen wechseln immer häufiger den Beruf, für die paar Mark will keiner mehr arbeiten. Ein Facharbeiter verdient beim Konsum monatlich 500 Mark brutto, eine ungelernete Verkäuferin 400 Mark. Hinzu kommt die Provision, aber die ist vom Umsatz abhängig und damit vom Angebot. Es gibt natürlich Schwerpunktmomente wie den Dezember, da ist eine hundertprozentige Planerfüllung gewährleistet. Dafür sieht es aber in der verbleibenden Zeit recht mies aus. Der gebrachte Umsatz entspricht in den seltensten Fällen der Auflage und damit bekommen wir in diesen Monaten auch weniger Provision. Das ist zum größten Teil auf das mangelnde Angebot von Seiten des Großhandels zurückzuführen. Oftmals wissen wir nicht, warum wir überhaupt geöffnet haben. So spüren wir die „stabile Versorgung“ an unserem Geldbeutel. Die „stabile Preisentwicklung“ sehen wir aber auch ganz gut. Preissteigerungen gibt es bei fast allen Produkten. Und wo die Preise nicht steigen, sinkt der Gebrauchswert erschreckend. Mit der berechtigten Unzufriedenheit der Kunden über schlechtes Angebot und steigende Preise, haben wir uns als Verkäufer un-mittelbar auseinanderzusetzen. Wir sind der Prellbock für die Verkaufsmisere. Oftmals müssen wir Kritiken und Beschimpfungen über uns ergehen lassen, die wohl kaum an unsere Adresse gehen...

## Die „Plandiskussion“ in einem Berliner Großbetrieb

In der ganzen DDR läuft die Plandiskussion. Was heißt Diskussion? Die Chefs berichten uns von den vorgegebenen Planzielen und wir dürfen dazu nicken. Über die Probleme im gesamten Betrieb werden wir kaum unterrichtet. Ein Kollege von uns hatte die Möglichkeit, an einer erweiterten Leitungssitzung im Betrieb teilzunehmen. Er schreibt:

„Grundstimmung bei den Chefs: Stark gedämpfter Optimismus, unverhohlene Töne gegen die Arbeiter. Auch bei uns wachsende Energieprobleme. Bei Diesel und VK sieht die Situation sehr schlecht aus. Durch Optimierung des innerbetrieblichen Transports will man dem beikommen, was bei der vorhandenen veralteten Transport-

technik fragwürdig ist.

Für eine hochproduktive Anlage steht für 1981 an Stelle von Heizöl (hergestellt aus Erdöl) nur noch einheimisches Teeröl zur Verfügung. Das zieht einen teilweisen Umbau der Anlage und erhöhte Umweltbelastung nach sich.

Auch die zur Verfügung gestellte Fernwärme wird für 1981 reduziert. Empfindlich kühlere Werkhallen und Büros werden die Folge sein. Der Elektroenergiebedarf muß drastisch gesenkt werden. Bereits im vergangenen Jahr mußten hochproduktive Anlagen deswegen zu Spitzenbelastungszeiten abgestellt werden.

Probleme gibt es auch bei der Auslastung der hochproduktiven Anlagen. Dieses Jahr

wurde diese Kennziffer bisher gerade noch so erreicht, aber die Tendenz ist sinkend. Als Grund wurden Arbeitskräfte- und Materialmangel angeführt.

Die Arbeitsproduktivität soll eine entscheidende Steigerung erfahren und auch die Auflage zur Arbeitskräfteeinsparung hat eine nie gekannte Höhe erreicht. Realisiert werden sollen diese Auflagen durch verstärkte WAO-Maßnahmen und die forcierte Eigenentwicklung von betriebspezifischen Rationalisierungsmitteln, die jahrelang vernachlässigt wurden.

Der Parteisekretär sagte, wie die Plandiskussion mit den Werktätigen zu führen sei: Nach dem Motto „Abstriche am sozialpolitischen Programm“.

## Die „Marktlücke“: Folklore-Festival in Berlin

Da auch in Berlin das kulturelle Angebot für junge Leute nicht gerade üppig ist, war das Folklore-Festival im „Haus der jungen Talente“ mehr als gut besucht. Die Folklore-Anhänger kamen aus der ganzen Republik, nahmen diese Veranstaltung zum Anlaß, um sich mal wieder zu treffen. Den Anspruch, den man an ein solches Festival, das sich der Volksmusik widmet, stellt, wurde indessen kaum erfüllt.

Nur sehr wenige Gruppen und Einzelinterpreten ließen eine gewisse Stimmung und Atmosphäre aufkommen, so z.B. „Liedehärl“ oder Perry Friedman, wo man Lust bekam, mit-zusingen, einbezogen wurde. Auch das Anliegen, das das Volkslied seit Jahrhunderten hat, sich mit den gesellschaftlichen Zuständen kritisch auseinanderzusetzen, war nur in Ansätzen zu spüren. Profi Friedman z.B. hielt sich da völlig raus und sang mit der ihm eigenen Perfektion altbewährter Lieder. Von dem einstigen kritischen

Geist des Begründers der Singebewegung in der DDR war nichts mehr zu merken. Seine heutigen Gagen werden das Ihre dazu beigetragen haben. Ein Kulturmensch in meiner Nähe äußerte: „Wenn der in unserem Klub gespielt hätte, wäre nicht mal der Verkauf des gesamten Inventars ausreichend gewesen, um ihn zu bezahlen.“ Auch unterschied sich dieses Festival von den bisherigen (Leipzig, Hoyerswerda) durch seine organisatorische Perfektion. Extraeinlagen, große Zugaben oder Session waren nicht drin. Alles lief ab, wie ein kommerzielles Popkonzert. Auch das massenhafte

Polizeiaufgebot fehlte nicht. Von einer Folkloregruppe erfuhr ich, daß sie Angestellte des Kreiskulturhauses ihrer Stadt seien und den ganzen Tag nur üben. Der Sänger: „Wir sind in eine Marktlücke gestoßen, aus der sich was rausohlen läßt“. Statt ehrlicher Begeisterung, Spaß an der Sache selbst und kritischem Engagement, saftloser Kommerz.

Daß die offizielle Kulturpolitik die Folklore jetzt in die Kulturszene aufnimmt, ist nicht ohne Absicht. Die Folklore soll kommerzialisiert, als politisches Garmittel entschärft, in den Griff genommen werden.

## Ernte-Rätsel

Eine tiefegelegene Straße. An ihr steht reifes Getreide. Mäh-drescher kommen. Auf einem schmalen Randstreifen, genau an der Straßenböschung wird das Getreide eingebracht und vorbildlichst unmittelbar danach gepflügt. Der Rest des Feldes bleibt unberührt. Vorbei-

führende Personen haben jedoch so den Eindruck, das ganze Feld sei abgeerntet. Wie heißt die Straße, und um welche Personen handelt es sich?

Auflösung: Straße nach Wandlitz — unser Erich nebst Begleitung.

## Korrespondenz

## „Wir bleiben hier, bis die Ware auf den Tisch kommt!“

Im Kaufhaus in Zeitz spielte sich kürzlich folgendes ab: Eine Kundin beobachtete vor Geschäftsbeginn, daß eine LKW-Ladung Teppiche angeliefert wurde. Gleich als das Kaufhaus öffnete, ging sie zum entsprechenden Stand und verlangte einen Teppich. Es sein keine da, bekam sie zur Antwort. Es kam zum Streit, bei dem die Kundin, stark erregt, handgreiflich wurde. Die Verkäuferin rief nach der Polizei. Ein VP-Angehöriger kam hinzu und belegte die Kundin mit einer Ordnungs-

strafe von 50 Mark.

Dann verhielt er sich für einen VP-Mann untypisch. Er veranlaßte sofort eine Besichtigung des Kaufhauslagers. Und siehe da: Teppiche in Hülle und Fülle. Nur: An jedem Teppich fein säuberlich ein Name. Schulze, Meier, Lehmann, Schmidt — reservierte Ware. Die Teppiche kamen auf den Ladentisch. Und das Ordnungsgeld? Die glücklichen Käufer sammelten spontan für die Kundin, die den Stein ins Rollen gebracht hatte. Die 50 Mark für sie

waren im Nu zusammen.

Fordern wir überall eine wirksame Kontrolle unter Einbeziehung der Bevölkerung zur Bekämpfung der Schieberei. Werden wir selbst aktiver. Nennen wir in der Öffentlichkeit Schiebereien offen beim Namen, wo wir sie erkennen!

Ein treffendes Beispiel aus Berlin-Adlershof. In einem Fischladen, der gerade Aal gefischt bekam, waren sich die Käufer einig: Wir bleiben hier, bis die Ware auf den Ladentisch kommt.



Lohnrunde 1981 im Zeichen der Krise

# Monopolkapital schreitet nach Senkung der Reallöhne

Die „neue Lohnformel“ der Unternehmerverbände

DÜSSELDORF. — Während Bundesfinanzminister Matthöfer mit seinem Sparhaushalt die Weichen für eine rücksichtslose Verschärfung der Ausplünderung des arbeitenden Volkes stellt, schreien die Kapitalistenverbände im Vorfeld der neuen Lohnrunde offen nach einer Senkung der Reallöhne.

Die Lohnrunde 1981 steht im Zeichen der schweren wirtschaftlichen Depression, die bereits begonnen hat und die im nächsten Jahr nach den Schätzungen der Bundesregierung das Wirtschaftswachstum nahezu auf den Nullpunkt sinken lassen wird. Das Monopolkapital hat einen allseitigen Angriff auf unsere sozialen Errungenschaften begonnen, um die Lasten der Krise durch eine Senkung des Lebensstandards voll auf unseren Rücken abzuwälzen.

Diese Angriffe werden einerseits über den kapitalistischen Staat, seine Haushalts-, Finanz- und Sozialpolitik geführt, was sich gegenwärtig in der Ankündigung eines Sparhaushalts durch den von der SPD gestellten Bundesfinanzminister Matthöfer ausdrückt. Die zweite Hauptfront in diesem Feldzug des Monopolkapitals ist die Lohn- und Tarifrunde des kommenden Jahres.

Noch nie haben die Unternehmerverbände im Vorfeld einer Lohnrunde so radikal und hemmungslos gegen Lohnforderungen gehetzt, noch haben sie so offen und massiv die Senkung der Realeinkommen, den Verzicht auf einen Ausgleich für die erhöhten Lebenshaltungskosten gefordert.

offizielle Teuerungsrate um ca. ein halbes Prozent heruntermanipuliert worden ist. So nimmt es nicht Wunder, wenn die Arbeitskammer des Saarlandes kürzlich zu dem Ergebnis kam, daß die Lohnabhängigen im ersten Halbjahr 1980 einen Reallohnverlust von einem Prozent hinnehmen mußten.

Trotzdem erklären heute die Kapitalistenverbände, die Lohnerhöhungen der letzten Tarifrunde seien überzogen gewesen, und die beginnende Wirtschaftsdepression verlange „von den Gewerkschaften eine radikale Abkehr von ihrer bisherigen Lohnformel“. Der Präsident des Unternehmerverbandes Gesamtmetall Wolfram Thiele erklärte, die Gewerkschaften müßten ihren Mitgliedern klarmachen, „jetzt etwas kürzer zu treten, den Gürtel vielleicht einmal etwas enger zu schnallen“. Thiele sagte weiter: „Einen lohnpolitischen Weg wie 1980 kann es im kommenden Jahr nicht geben.“

In dieses Horn stoßen auch sämtliche anderen Sprecher des Monopolkapitals, so der Bundesbankpräsident Pohl, der Sparkassenpräsident Geiger usw. Auch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff stellt sich uneingeschränkt hinter den Lohnraubfeldzug der Mono-

polen. So hat er jetzt die Forderung nach der Verlängerung der Laufzeiten für die Lohn- und Gehaltstarife auf zwei Jahre, die vor Monaten von Unternehmenseite ins Spiel gebracht wurde, erneut auf den Tisch gebracht.

Aber der unversöhnliche Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital bricht mit wachsender Schärfe hervor. Die Arbeiterklasse muß der „neuen Lohnformel“ des Kapitals die Linie des revolutionären Kampfes entgegensetzen.

Schon zeichnet sich klar ab, daß die DGB-Bonzen uns in den Rücken fallen, daß sie sich mit den Lohnräubern arrangieren werden. So haben sie bezüglich der Forderung der Monopolherren und der Bundesregierung nach der „Wiederbelebung“ der Konzierten Aktion Gesprächsbereitschaft signalisiert. Während von der Gewerkschaftsbasis die arbeiterfeindliche Linie der Sozialpartnerschaft zunehmend konsequenter abgelehnt wird, verstärken die Gewerkschaftsspitzen ihre reaktionäre Zusammenarbeit mit dem Kapital und seinen politischen Sachwaltern.



So hetzte die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), die Gewerkschaften hätten mit ihren „wirtschaftspolitisch unverzichtbar hohen“ Tarifabschlüssen in der Lohnrunde 80 die jetzige Wirtschaftsdepression verursacht. Deshalb müsse jetzt um jeden Preis eine „kostenniveauneutrale“ Lohnpolitik erzwungen werden. Darunter ist zu verstehen, daß die Gesamtsumme der Lohn- und Gehaltserhöhungen den Wert des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses nicht überschreiten soll. Die Preissteigerungen des laufenden und des kommenden Jahres bleiben bei dieser „neuen Lohnformel“ völlig unberücksichtigt.

Von vornherein sollen die Gewerkschaften auf einen Inflationsausgleich verzichten. Wir sollen nicht einmal die Erhaltung unserer gegenwärtigen Reallöhne fordern dürfen, ungeachtet dessen, daß die Konzerne im vergangenen und in diesem Jahr enorme Profitsteigerungen verbuchen konnten.

Dabei sind jedoch bereits in diesem Jahr unsere Reallöhne gesunken. Die Tarifabschlüsse lagen zwar mit durchschnittlich 6,8 Prozent noch über der offiziellen Teuerungsrate. Bekanntlich wird diese jedoch von der amtlichen Preisstatistik heruntergespielt. Hinzu kommt, daß an der Jahreswende 79/80 die Berechnungsfaktoren für den „Warenkorb“ neu festgelegt wurden und zwar so, daß die

pole. So hat er jetzt die Forderung nach der Verlängerung der Laufzeiten für die Lohn- und Gehaltstarife auf zwei Jahre, die vor Monaten von Unternehmenseite ins Spiel gebracht wurde, erneut auf den Tisch gebracht.

In der anstehenden Lohn-

Kampf um Verbesserung der Schichtdienstregelung

## Gescheidle ließ Verhandlung scheitern

Weitere Streikaktionen — GdED fordert 35-Stunden-Woche

BONN. — Bundespostminister Gscheidle legt es auf einen Arbeitskampf an. Obwohl die Postgewerkschaft zentrale Streikaktionen angekündigt hatte, falls er am Freitag kein verhandlungsfähiges Angebot vorlege, blieb der Postminister stur.

Als am Freitag vergangener Woche die Verhandlungen weitergingen, erwartete die Verhandlungsdelegation der Postgewerkschaft wenigstens, daß vom Bundespostministerium Vorschläge für die Ausweitung des Personenkreises vorgelegt würden, der in den Genuß der geforderten Freizeit- und Entgeltregelungen für Schichtdienst kommen soll.

Aber nichts! Gscheidle und Innenminister Baum setzten ihren Provokationskurs fort. Sie blieben bei ihrem unver-

forenen Angebot von maximal drei Freischichten pro Jahr für Schichtdienstleistende. Und auch diese drei Freischichten sollen nur Schichtdienstleistende erhalten, die jährlich mindestens 75 Nachtdienste in der Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr leisten. Die Postgewerkschaft fordert eine 150-prozentige Bewertung von Nachtdiensten, d.h. daß für eine achtstündige Nachtschicht ein Freizeitausgleich von vier Stunden beansprucht werden kann.

Die Führung der Postgewerkschaft hat die Verhandlung am Freitag zunächst unterbrochen, jedoch die angekündigten zentralen Streikaktionen nicht eingeleitet. Indessen kam es in der vergangenen Woche in Bremen, Köln, Koblenz, Neuwied und Frankfurt wieder zu Warnstreiks der Postler.



Zunehmend versuchen die Kapitalisten, unbequeme Betriebsräte mundtot zu machen und durch Entlassung loszuwerden. Die fristlose Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte von Hoesch-Union in Dortmund konnte jedoch zurückgeschlagen werden. Unser Foto zeigt die beiden nach dem gewonnenen Arbeitsgerichtsprozeß in Hamm.

Gesinnungsterror bei der Kraftwerk Union

## Betriebsratsmitglied soll gefeuert werden

KWU-Bosse blasen zur Hatz auf AKW-Gegner

WESTBERLIN. — Dem Betriebsrat Uwe Jessen im Westberliner Werk der Kraftwerk Union wurde von der Werksleitung mit fristloser Entlassung gedroht, falls er noch einmal öffentlich gegen den Bau von Kernkraftwerken Stellung beziehen sollte. Gleichzeitig organisierten die Bosse ein schmutziges Kesseltreiben gegen Jessen.

Die Kraftwerk Union (KWU) hat sich auf den Bau von Atomkraftwerken spezialisiert. KWU gehört zum Siemens-Konzern. Der klassenkämpferische Kollege Uwe Jessen wurde im Frühjahr 1978 auf der oppositionellen Liste „Frischer Wind“ in den Betriebsrat gewählt.

Am 8. Oktober erhielt Jessen eine Abmahnung von den KWU-Bossen, weil er sich auf einer Belegschaftsversammlung gegen Atomkraftwerke ausgesprochen hatte. Dies - so die Bosse - sei ein Verstoß gegen die „Loyalitätspflicht“. Abschließend heißt es in der schriftlichen Abmahnung: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie im Wiederholungsfall mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen.“

Gleichzeitig haben die Herren von der Atommafia eine schmutzige Kampagne gegen das Betriebsratsmitglied gestartet, die sich versteckt auf dunklen Wegen im Betrieb abspielt. Es liegen Hinweise vor, daß drei verschiedene Unterschriftensammlungen gegen Jessen von Gefolgsleuten der Werksleitung betrieben werden, eine für ein Verfahren wegen „grober Amtspflichtverletzung“, eine zweite, mit der die Werksleitung aufgefordert wird, alle erdenklichen juristischen Maßnahmen gegen Jessen einzuleiten und schließlich eine dritte, die auf die fristlose Entlassung von Jessen wegen „Störung des Betriebsfriedens“ abzielt. Die Aktivisten dieser Unterschriftenaktion sind vor allem Abteilungsleiter und andere Vorgesetzte. Es sollen jedoch auch gewerkschaftliche Vertrauensleute darunter sein.

Beteiligt an der Kampagne ist weiterhin ein gewisser Jörg Volker, der sich als „Sprecher der unabhängigen Angestellten“ bezeichnet. Dieser Herr hat ein unverschämtes Schreiben an den Betriebsrat, bzw. dessen Geschäftsführenden Ausschuss geschickt. Volker fordert vom Betriebsrat „klare, unzweideutige Aussagen“ darüber, wie er die „vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Teilen der Belegschaft“ wiederherzustellen gedenke, die dadurch gestört sei, daß „die Rede des Herrn Jessen vom Betriebsrat unwidersprochen hingenommen worden“ sei. In typischer Gesinnungsschnüffelmanier mutmaßt Volker, die Einstellung von Uwe Jessen sei eine Einstellung, „wie sie der eine oder andere Betriebsrat wamöglich noch verbirgt“.

Weitere Kommentare zu dem Geist, von dem diese ganze Hetzkampagne getragen ist, dürfen sich angesichts dieses Vokabulars wohl erübrigen!

Im übrigen hat KWU Tradition in diesem faschistoiden

Gesinnungsterror. In den KWU-Werken Mülheim an der Ruhr wurde bereits einmal eine Ersatzbetriebsrätin und IGM-Vertrauensfrau aus ähnlichen Gründen fristlos gefeuert. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ brachte in diesem Zusammenhang einen Bericht über ähnliche schmutzige Hetzkampagnen gegen Belegschaftsmitglieder. Dabei wurden auf anonymen Flugblätter Kollegen als Kommunisten und KKW-Gegner denunziert und es wurde ihre Entlassung gefordert. Bekannt ist auch, daß in Mülheim die KWU-Bosse gemeinsam mit der dortigen reaktionären Betriebsratspitze die Belegschaft auf die Straße schickten, um sie gegen AKW-Gegner und für Atomkraftwerke demonstrieren zu lassen.

Anlaß für das Kesseltreiben gegen Uwe Jessen ist eine Rede, die er Ende September auf einer Betriebsversammlung gehalten hat. Er widerlegte darin mit Zahlen aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) das Märchen, daß Atomkraftwerke und Kernenergie Arbeitsplätze sicherer machen würden. Jessen zeigte auf, daß Kernenergie Rationalisierung im Großmaßstab ist, daß durch sie in der Energiewirtschaft Arbeitsplätze in großem Umfang vernichtet werden.

Die Haltung des Betriebsrates ist im Berliner KWU-Werk glücklicherweise anders als in Mülheim. Der Abmahnung hat der Betriebsrat einstimmig widersprochen. Uwe Jessen stellt dazu in einer persönlichen Erklärung, die er an die Belegschaft verteilte, fest: „Damit hat der Betriebsrat ein Mindestmaß an demokratischem Verhalten unter Beweis gestellt“. Zu den gegen ihn ergriffenen Maßnahmen schreibt Jessen: „Ich verlange in keiner Weise, daß man meiner Rede inhaltlich zustimmt, aber ich bestehe auf dem Recht auf freie Meinungsäußerung.“



Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen, wobei offensichtlich ein Teil der Delegierten sich über die Konse-



## Beamtenmäßige Staatstreuepflicht:

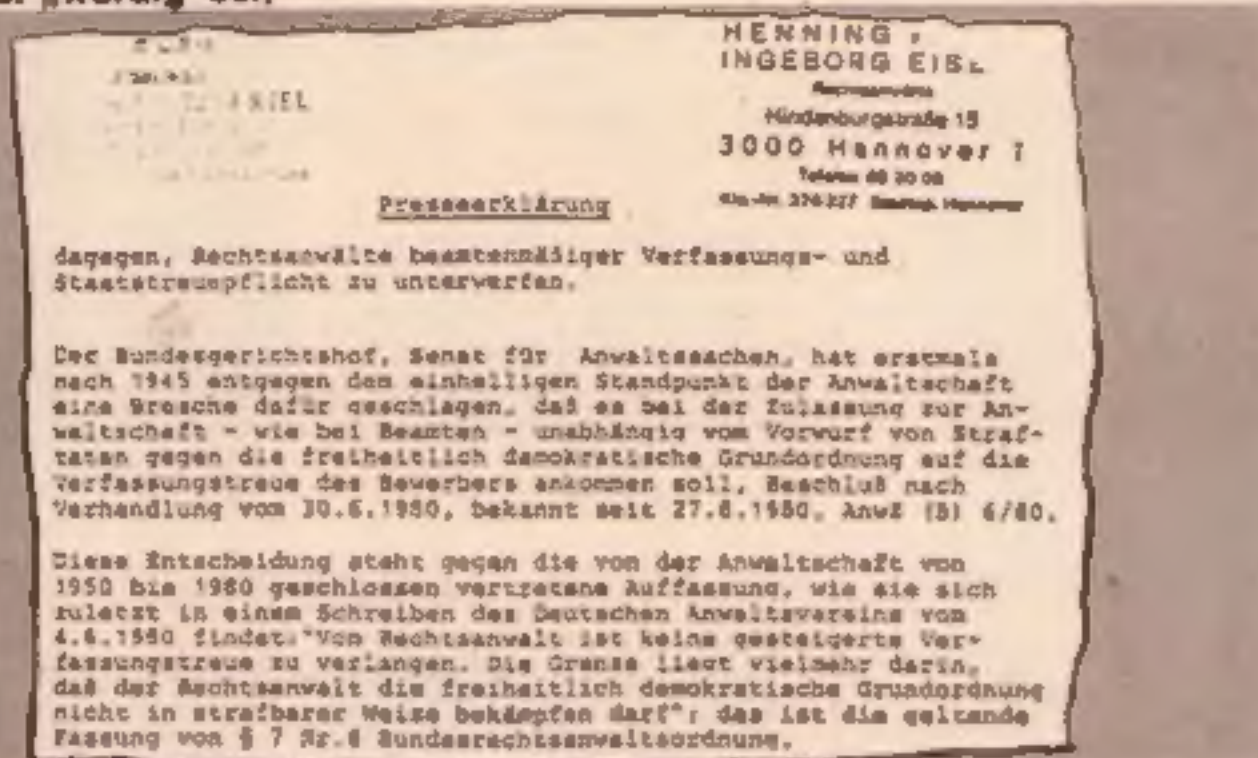
## Ein weiterer Schritt zur Knebelung der Rechtsanwälte

Kiel. — In seinem Beschluß, den Kieler Assessor Drude die Anerkennung als Rechtsanwalt zu versagen und ihm jede weitere Wahrnehmung von Gerichtsterminen zu untersagen (vgl. RM Nr. 43), hat der Bundesgerichtshof am 30.6.1980 sich dafür stark gemacht, daß bei der Beurteilung, ob ein Beamter „würdig“ sei,

Dagegen haben sich die Rechtsanwälte Otten (Kiel), Plahn und Eisele (Hannover) in einer Presseerklärung gewandt. Sie sehen in diesem Vorgehen die Tendenz zu einer „Verbeamtung der Anwälte ohne Gehalt und Pensionsanspruch“. Sie weisen darauf hin, daß anlässlich der Zulassungsverfahren Drude und eines ähnlich gelagerten Falles, der Assessorin Lindner, Bremen, die inzwischen Rechtsanwältin ist, sowie in dem beim Bundesverfassungsgericht liegenden Verfahren gegen Rechtsanwalt Gildemeier 1979 und 1980 verschiedene Anwaltsvereine, Juristenverbände, Personalräte, Richter und Staatsanwälte und andere gegen eine Ausdehnung der Verfassungstreueanforderungen bei der Anwaltszulassung ausgesprochen haben.

Die Situation der Rechtsanwälte in der Bundesrepublik, besonders bei politischen Prozessen, ist ohnehin miserabel. Die zahlreichen Ausschlüsse bei den sogenannten „Terroristen-

den Beruf eines Rechtsanwaltes auszuüben, seine Verfassungstreue eine Rolle zu spielen habe. Das solle unabhängig von irgendwelchen Straftaten gegen die bundesrepublikanische Grundordnung überprüft werden.



prozessen“, die jahrelange und anhaltende Verleumdungskampagne gegen Anwälte, die sich nicht zum Hilfspersonal der Staatsanwaltschaft degradieren lassen wollten und wollen, werfen ein bezeichnendes Bild auf das westdeutsche Justizwesen. Auch diese Vorfälle haben mit dazu beigetragen, im Ausland für das Bild des Unrechts- und

Polizeistaates BRD zu sorgen.

Wenn diese Situation jetzt weiter verschlechtert werden soll, ist das ein fundamentaler Angriff auf letzte Reste der „Rechtsstaatlichkeit“, den man in keinem Falle hinnehmen darf.

Wir Kommunisten unterstützen den Kampf der fortschrittlichen Anwälte gegen diesen Angriff. Wir fordern ebenfalls die Zulassung von Peter Drude als Rechtsanwalt!

## Verhöhnung der Opfer von München

## CSU hält Spendengelder zurück

Einen weiteren Beweis ihrer Unmenschlichkeit lieferten die führenden bayrischen CSU-Politiker durch ihren Umgang mit den Spenden, die bei der Stadt München für die Opfer des Oktoberfest-Attentats und deren Angehörige eingegangen sind. Von den über 2 Millionen DM wurden bisher lediglich 157 000,— DM an die Betroffenen gegeben.

In seiner „Trauerrede“ hatte Münchens Oberbürgermeister Kiesel von „großzügiger und unbürokratischer“ Hilfe geschwätzt, während Strauß gleichzeitig seine Haßtiraden auf die demokratischen Kräfte losließ. Das Geld, was die Hinterbliebenen der Opfer erhielten, reicht aber zum Teil noch nicht einmal für die Beerdigung! Und an eine weitere Auszahlung ist für die nächste Zeit nicht gedacht.

Vertrösten will man sie mit dem Argument, es müßten erst die Möglichkeiten der Krankenkassen ausgeschöpft werden, und weitere Zuwendungen aus

den Spendengeldern sollten später und da erfolgen, wo es keine gesetzlichen Leistungen gäbe. Das heißt, daß die Betroffenen sich eben doch selber bei den Ämtern und Kassen durchschlagen und um Unterstützung betteln müssen. Damit haben sich Kiesel und Co. selbst der Lüge und der Heuchelei überführt. Gegenüber den Opfern und den Spendern ist dieses Verhalten der „Volksvertreter“ eine Provokation ersten Ranges.

Es bleibt die Forderung an die Stadt: Die Spendengelder müssen sofort an die Betroffenen weitergeleitet werden!

## Gefängnis für gewerkschaftliche Solidarität?

MÜNSTER. — Solidaritätsaktionen der ÖTV mit den streikenden und ausgesperrten Stahlarbeitern im Dezember 1978 sind der Anlaß zu einem Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Münsteraner Kreisverwaltung der ÖTV, Detlef Rosenbach.

Dieses Verfahren wurde Mitte Oktober vom Münsteraner Amtsgericht eröffnet.

Als der Arbeitskampf in der Stahlindustrie bereits drei Wochen andauerte, 80 000 Kollegen streikten oder ausgesperrt waren, — es war der Streik, in dem es um die 35-Stunden-Woche ging, der aufgrund der Abwiegelung der IGM-Führung sein Ziel nicht erreichte — kam es zu Solidaritätsbekundungen der Kollegen anderer DGB-Gewerkschaften mit den Stahlarbeitern, zu Protestaktionen vor allem gegen die Massenaussperrung.

In Münster legten 300 Busfahrer und Müllwerker die Arbeit für zwei Stunden nieder. In anderen Städten des Ruhrgebietes solidarisierten sich Bergleute, Verkäuferinnen, Büroangestellte mit den Metallern. Was sich mit „einstweiligen Verfügungen“ durch Unternehmerrichter damals nicht verhindern ließ, soll heute zur Krimi-

nalisierung der gewerkschaftlichen Solidarität gehalten.

Weil am 12. Dezember quergestellt wurde auf dem Stadtwerke-Gelände das Ausfahren der Busse verhindert hätten, sehen Münsters Staatsanwälte den Straftatbestand der „Nötigung“ gegeben. Detlef Rosenbach, der als Geschäftsführer für diese Aktion verantwortlich gemacht wird, kann deswegen für fünf Jahre ins Gefängnis kommen!

Das ist nach dem Prozeß gegen die Gewerkschafter, die die Herstellung einer Streikbrecher-Ausgabe der Londoner „Times“ in Frankfurt verhindert haben, ein erneuter Versuch, die selbstverständlichen gewerkschaftlichen Rechte per Gerichtsschluß zu kriminalisieren und einzelne Gewerkschafter exemplarisch zu bestrafen. Das muß auf den Widerstand aller Kollegen stoßen. Das Verfahren gegen Detlef Rosenbach muß eingestellt werden!

## Die Hexenjagd

Hans-Peter de Lorent soll nicht Beamter werden. Schulsenator Joist Grolle (SPD) nahm seinen Vorschlag an den Beamtenernennungsausschuß zurück und reichte Disziplinarmaßnahmen gegen den Lehrer ein, weil dieser in seinem Berufsverbotsroman „Die Hexenjagd“ (Weltkreisverlag, Dortmund) nach Meinung des Senators „ohne Mühe Vokabeln wie „alte Ratte“, „Mischung aus Unverschämtheit und Dummheit“, „schmieriger Gesichtsausdruck“ und „Mafia“ bezeichnete.

„Die Hexenjagd“, in der de Lorent einen Lehrer mit Namen Christian Günther die wesentlichen Stationen seines eigenen Kampfes gegen den drohenden Ausschluß vom Schuldienst schildern läßt, ist eine lesenswerte Darstellung der Situation eines jungen Menschen, der Lehrer werden will, dem man aber wegen des Verdachts der Verfassungsfeindlichkeit alle, aber auch alle Steine in den Weg legt, derer man habhaft werden kann.

Die Zusammenarbeit der Schulbehörde mit Führungsgrü-

elnig gegen die Angriffe aufgetreten sind und sich im Kampf gegen den antidemokratischen Terror nicht durch Streik und Parteibuch haben spalten lassen. Die dazu nötige Einstellung offenbart Peter de Lorent auch in seinem Buch.

Nun noch zu den Vorwürfen. Seine Gedanken bei der Entdeckung, daß ein in der „Welt“ veröffentlichtes Hetzschreiben in seine Akte genommen wird, um ihn der „Indoktrination“ zu bezichtigen, beschreibt er so: „Delirius ist eine alte Ratte. Er kennt sich aus. Weder mir noch



Er erschienen im Weltkreis Verlag, Postfach 789, 4600 Dortmund 1

mien der bürgerlichen Parteien, einzelnen reaktionär gesinnten Eltern, dem Verfassungsschutz, der Justiz und der Springer-Presse im Versuch, einen Menschen wegen seiner demokratischen Gesinnung fertigzumachen, die Kinder vor seinem „gefährlichen Einfluß“ zu bewahren, wird deutlich; eine Kampagne, die bei so vielen zum gewöhnlichen Erfolg führte, die darüber hinaus etliche moralisch und körperlich gebrochen hat.

Christian Günther — und Peter de Lorent — nicht. Er überwindet die drohende Resignation, kämpft weiter, auch wenn er sich durch den ganzen Ärger, die dauernde Ungewißheit ein schweres Magenleiden zuzieht. Die Folge der unmenschlichen Hexenjagd, nach der hinterher keiner mehr fragt.

Peter de Lorent ist DKP-Mann. Deshalb ist in dem Buch viel von der DKP, ihrer Haltung zum Grundgesetz z.B., die Rede. Klar, das ist sein persönliches Beispiel. Peter de Lorent ist Demokrat und Antifaschist. Das wird aus dem Buch deutlich. Menschen, die auf dieser Grundlage entschieden ihre Meinung vertreten, sind wichtig und wertvoll. Man nimmt es ihm ab, wenn er, dem Ansinnen sich doch mit einem Austritt aus seiner Partei den ganzen Ärger zu ersparen, mit den Worten begegnet: „Wer in die DKP eintritt, tut das als Konsequenz aus seiner Weltanschauung, seinem Bewußtsein. Die Parteimitgliedschaft ist somit Teil seiner Persönlichkeit. Wie soll man da austreten? Wie kann man weiterleben, nachdem man sich selbst amputiert hat?“

Unser Haltung zur DKP und ihrer Politik ist bekannt. Es war aber gerade ein Erfolg der Verfolgung in den Hamburger Berufsverbotsprozessen, daß alle

einem anderen Opfer seiner Hexenjagdmethode ist jemals der Vorwurf der Indoktrination gemacht worden. Im Gegenteil. Zu seinem Leidwesen gibt es unzählige Stellungnahmen von Vorgesetzten, Eltern und Schülern, die die Qualität des jeweiligen Unterrichts loben. Das alles weiß Delirius. Trotzdem kommt er mit diesen Vorwürfen an...

Sind solche Gedanken etwa verwunderlich? Darf man sie heute schon nicht mehr niederschreiben?

An einer anderen Stelle beschreibt de Lorent einen Verfassungsschutzagenten vor Gericht: „Jawohl!“, sagt er unpassenderweise. „Ein kleiner Musteragent. Das Klischee von einem Verfassungsschutzbestätigung. Langer, heller Popeline-mantel. Glattes, etwas schmieriges Gesicht.“

Kann Peter de Lorent etwas dafür, daß diese Leute so aussehen?

Dieses Buch als Ablehnungsbegründung heranzuziehen, ist eine bodenlose Unverschämtheit, ein durchsichtiges politisches Manöver.

Das Perverse dieser Begründung wird noch deutlicher, wenn man weiß, daß de Lorent wegen der Mitherausgabe eines anderen Buches („Bin ich ein Verfassungsfeind?“) bereits vorher Schwierigkeiten bekommen sollte. Das Buch ging mit in die Verfassungsschutzakten ein. De Lorent kommentierte: „So entlarvt sich ein Verfassungsfeind. Setzt sich hin und schreibt alles auf, was mit ihm passiert. Beauf, was wohl noch auf das Grundgesetz, Pressefreiheit und so.“ Daß er das jetzt ein zweites Mal gewagt hat, war den Staatsdienern offenbar zuviel.

Dagegen gilt es zu kämpfen! Peter de Lorent muß verbeamtet werden!

D.L.

## Verhindern wir den NPD-Parteitag in Augsburg!

Am 22. November will die NPD in Augsburg ihren Bundesparteitag abhalten. Das demonstrative Auftreten dieser Partei nach dem faschistischen Massaker auf dem Münchner Oktoberfest ist eine Herausforderung für alle antifaschistischen Kräfte in unserem Land. Diese Herausforderung darf nicht unbeantwortet bleiben. Wieder einmal besitzen sich deutsche Richter auf ihre traditionsreiche Vergangenheit: Nach einem Richterspruch muß die Stadt Augsburg den Faschisten sowohl Räumlichkeiten zur Verfügung stellen als auch für den Schutz der Veranstaltung Sorge tragen.

Bemerkenswert mutig ist die Stellungnahme des Augsburger Oberbürgermeisters Hans Breuer angesichts dieser Situation: „Die Stadt Augsburg ist weder eine heimliche noch eine offene Bruststätte des Neofaschismus. In Solidarität mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund steht der Oberbürgermeister an der Seite aller, die gegen Neofaschismus und gegen den NPD-Parteitag sind.“

Die rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt ausgeschöpft. Jetzt gilt es, die politischen Maßnahmen zu ergreifen, und dazu sind alle herzlich eingeladen, denen es wirklich ernst ist im Kampf gegen den Rechtsradikalismus.

Dieser Einladung sollten alle Demokraten Folge leisten!

Der DGB-Landesverband Bayern hat dazu aufgerufen, dieser NPD-Aktion nicht tatenlos zusehen und organisiert eine „optisch deutliche Großkundgebung zum Parteitag der Neonazis“ Sie soll am 22.11. in der Augsburger Sporthalle stattfinden.

Auch auf dem IG-Druck-Gewerkschaftstag hatte die Ankündigung des Nazi-Parteitags helle Empörung ausgelöst. Leonhard Mahlein sagte dazu:

„Gerade nach dem Terroranschlag während des Münchener Oktoberfestes muß jedem klar sein, daß die geschlossene Kampfkraft der Gewerkschaften nicht zuletzt zur Abwehr der Gefahren gestärkt werden muß, die erneut aus dem rechtsextremistischen Lager drohen.“

Die Gewerkschaftsbewe-

gung kann nicht tatenlos zusehen, daß Gruppen und Grüppchen alter und neuer Nazis wie Giftpilze aus dem Boden schießen. Sie kann nicht zulassen, daß die Greuelthaten und Verbrechen des Nazi-Faschismus in obskuren Veröffentlichungen verharmlost, nostalgisch verklärt oder gar als ungeschehen hingestellt werden.

Sie muß verhindern, daß eine Jugend, die die 12jährige Schreckensherrschaft nicht miterlebt hat, durch verantwortungslose Geschäftemacherei mit nazistischem Propagandamaterial verseucht wird. (...)

Dem kann man nur zustimmen. Es gilt, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß dem Taten folgen. Gerade der Einsatz der „geschlossenen Kampfkraft der Gewerkschaft“, das heißt des gesamten DGB, gegen die Neonazis ist das Gebot der Stunde, eine entscheidende Maßnahme zur Ausschaltung der faschistischen Volksfeinde. Gerade an diesem geschlossenen Einsatz mangelt es immer noch.

Wir Kommunisten müssen eine Triebkraft sein, die diesen Einsatz zustandebringt. Unsere Partei steht in vorderster Front im Kampf gegen die Faschisten. Unsere Genossen haben die Verpflichtung übernommen, unermüdlich für den Zusammenbruch und die einheitliche Aktion aller zu kämpfen, die bereit sind, den Rechten entgegenzutreten. Die Forderung nach dem sofortigen Verbot aller faschistischen Organisationen und jeglicher Form faschistischer Propaganda, die unsere Partei seit langem erhoben hat, muß ein Schwerpunkt im antifaschistischen Kampf in Westdeutschland werden.

Den Faschisten keinen Fußbreit! Verhindern wir den NPD-Parteitag! Verbot der NPD!







## Starfighter abgestürzt

# Knapp an der Katastrophe vorbei

Volkskorrespondenz aus Köln

Am Freitag, dem 17.10.80 gegen 12.45 Uhr stürzte im Hürtel der 195. Starfighter F 104 G der Bundeswehr über Bundesgebiet ab. Über besiedeltem Gebiet, mitten im Kölner Chemiegürtel, geriet er in Brand, wurde vom Piloten noch in unbesiedeltes Gebiet gelenkt und stürzte kurz vor der vielbefahrenen B 265 in einen Wald.

Der Pilot blieb unverletzt. Menschen kamen nicht zu Schaden. Ebenso hätte es aber zu einer Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß kommen können: 500 Meter von der Absturz-

stelle entfernt liegt das Wasserstoffwerk von Messer-Griesheim. Hätte der Pilot die Schleife nicht mehr so eng über Fischeneich weg gezogen, wäre er in dieses Werk gestürzt.

• Gleich daran grenzt ein Hürtel Zweigwerk der Hoechst AG, in dem Tausende Tonnen Gase, Säuren, Aluminiumverbindungen u.ä., Wasserstoff, Vinylchlorid, Propylen lagern. (Zu Wasserstoff braucht man wohl nichts zu sagen; mit Propylen war der Tankwagen gefüllt, der in Spanien auf dem Campingplatz explodierte, nur daß es sich hier um die zehnfache Menge handelt)

Also, ein Absturz nur einige hundert Meter weiter hätte Hunderte Todesopfer gefordert und eine Giftgaswolke riesigen Ausmaßes zur Folge gehabt.

In der Presse wurde berichtet, daß vor einigen Jahren schon einmal ein in Norvenich stationierter Starfighter in der



Alex Heuser. Dem Piloten des Starfighters ist zu verdanken, daß keine Menschen verletzt wurden.

Nähe eines Chemiewerkes, und zwar der Union-Kraftstoff Wesseling, abgestürzt ist. Damals entging man auch nur knapp einer Katastrophe.

In diesem Gebiet liegen auf wenige Quadratkilometern eng beieinander: zwei Betriebe der Hoechst AG, die Rheinischen Olefinwerke auf einer Fläche so groß wie das Stadtgebiet Brühl, eine Raffinerie der Shell AG mit riesigen Lagertanks, eine Raffinerie der Union-Kraftstoff AG und auf der gegenüberliegenden Rheinseite ein Werk von Dynamit Nobel, um nur die größten zu nennen.

Und da fliegen diese Straußschen Todeskisten ständig zwischendurch. Bei uns im Betrieb waren viele der Meinung, daß es verboten gehört, daß diese Maschinen zwischen den Chemiewerken herumfliegen.

Ein Kollege meinte, es wäre am besten, man würde den Dingen die Flügel stutzen und die dürfen damit nur noch auf dem Flugplatz herumrollen.

In diesem Sinne viele Grüße

P.

## Bomben neben Atomanlagen

# Wann kommt es zum Knall?

Volkskorrespondenz aus Lingen

Gut zu dem nebenstehenden Bericht paßt ein Ausschnitt aus der Zeitung „Die Tat“ vom 17.10., den uns ein Leser aus Lingen zusandte. Er schreibt dazu:

„Die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe im Zusammenhang mit dem ‚zivilen‘ Atomprogramm der Bundesregierung nimmt immer mehr zu. Das verdeutlicht dieser Plan: Nur wenige Flugsekunden von Atomanlagen entfernt — ein Bombenabwurfplatz! (Nordhorn-Ränge). Und im Emsland sind vier weitere 1 300 MWe Reaktoren geplant, zwei davon in Lingen... An den Schutz der Bevölkerung bei solch einer Katastrophe ist gar nicht zu denken...“

benabwurfplatz! (Nordhorn-Ränge). Und im Emsland sind vier weitere 1 300 MWe Reaktoren geplant, zwei davon in Lingen... An den Schutz der Bevölkerung bei solch einer Katastrophe ist gar nicht zu denken...“



Die Hauptabsturzstelle: Das Triebwerk schlug eine Schneise in den Wald. Mehrere Bäume wurden gebrochen oder entwurzelt. Trümmerstücke lagen noch 300 Meter entfernt auf der B 165.

# Bombendrohung bei Gildemeister

Volkskorrespondenz aus Bielefeld

Montag um 9.50 Uhr hieß es plötzlich: „Raus aus dem Betrieb!“ Die gesamte Belegschaft des knapp 1 500-Mann-Betriebes in Bielefeld-Sennestadt versammelte sich auf den angrenzenden Parkplätzen. Fragen wurden laut: „Was ist denn eigentlich los?“ — Bombendrohung!

Einigen wurde mahnend im Magen. Nach den verbrecherischen Anschlägen in München und Hamburg, aber auch dem NPD-Brandanschlag in Bielefeld jetzt auch eine Bombe bei Gildemeister? Den Faschisten ist das zuzutrauen, zumal ja erst vor kurzem Gildemeister als „Waffenschmiede am Teutoburger Wald“ berühmt wurde. Es werden Werkzeugmaschinen, mit denen Waffen hergestellt werden können, an die Sowjetunion verkauft. Sollten dies die Terroristen als Anlaß genommen haben, um einen weiteren Anschlag durchzuführen?

Die Bombendrohung kam von einer „Gruppe Köhler“. Köhler war der Terrorist, der die Bombe in München hochgehen ließ und sich dabei selbst mit in die Luft sprengte. Ihm wurden auch gute Kontakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann nachgewiesen. Die Gefahr bestand also immerhin. Aber: Wurde die Bombendrohung ernstgenommen? — Was hier abließ, war skandalös.

Um 9.50 Uhr wurde der Betrieb geräumt. Als um 10.20 Uhr die Bombe nicht hochgegangen war, hieß es dann: „Weiterarbeiten!“ Keiner wußte so richtig, was los war. Ein Betriebsrat: „Na, sicherlich ein harmloser Spinner.“ — Zugegeben, viel-

leicht. Wenn aber nicht? Es ging das Gerücht um, die Polizei hätte die Fabrik durchsucht. Tatsache ist aber, daß bis zum späten Nachmittag niemand bestätigen konnte, daß die Polizei überhaupt im Betrieb drin war, geschweige denn intensiv nach der Bombe gesucht hätte. Das ist also auch ziemlich unmöglich, denn einen so großen Betrieb wie Gildemeister kann man nicht in 30 Minuten durchsuchen.

Man wartete einfach 30 Minuten ab, und dann kam die Anweisung, weiterzuarbeiten. Denn schließlich kostet so ein Produktionsausfall auch 'ne Menge Geld, und eine halbe Stunde ist ja wahrlich auch genug. Das ist eine Frage der Kosten, sprich: des Profites. Dafür setzt man auch das Leben von über 1 000 Arbeitern aufs Spiel. Denn wenn eine Bombe explodiert hätte und nach 10.20 Uhr hochgegangen wäre, hätte es Tote gegeben. Das nimmt die Geschäftsleitung in Kauf.

Leider fehlte noch die Kraft, die organisiert hätte, daß die Kollegen so lange draußen bleiben, bis der Betrieb durchsucht worden ist. Aber viele Kollegen haben aus diesem Vorfall gelernt und gesehen, wieviel ihr Leben wert ist: eine halbe Stunde Produktionsausfall.

## Nach dem Östrogen-Skandal:

# Informationen sollen zurückgehalten werden

Volkskorrespondenz aus Frankfurt

Auf ihre Weise begegnen Politiker, die für die Volksgesundheit zuständig sind, den dauernden Skandalen über verseuchte Lebensmittel: Sie wollen uns nicht mehr rechtzeitig informieren!

Das geht aus einer Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 24.10. hervor.

Und das als Konsequenz aus dem Östrogen-Kalbfleisch-Skandal!

Der Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Hans-Georg Wolters will durchsetzen, daß künftig bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht nicht mehr umgehend die Öffentlichkeit informiert wird, „es sei denn, eine unmittelbar drohende Gefahr müsse abgewendet werden“. Bestimmte „Reizwörter“, wie „Krebs“ oder gar die „Kombination Baby/Krebs“ würden nur zur Verunsicherung beitragen.

Worum es offensichtlich geht, ist, den Druck aus der Bevölkerung abzuwälzen, der bisher bei allen derartigen Skandalen, auch z.B. bei diversen Arzneimitteln, das einzige Mittel war, das Kapitalisten und Politiker zu irgendwelchen Maß-

nahmen gegen gesundheits-schädliche Lebens- oder Arzneimittel veranlaßt hat. Ohne diesen Druck, den lautstark geäußerten Protest und die Kaufverweigerung wäre die östrogen-verseuchte Babynahrung heute noch auf dem Markt!

Es lohnt sich, die weiteren Begründungen Wolters anzusehen, weil sie die Menschenfeindlichkeit und die Denkweise dieses „Volksvertreters“ deutlich machen.

Nach seinen Worten haben wir in Zukunft nicht seltener, sondern häufiger mit solchen Vorfällen zu rechnen. Und warum? — Einmal, weil es immer mehr Stoffe gibt, die Rückstände in Lebensmitteln hinterlassen können. Daran etwas zu ändern, kommt ihm schon gar nicht in den Sinn.

Zum anderen hat man immer genauere Untersuchungs-

methoden, um Rückstände nachzuweisen, und schließlich gibt es immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch solche Stoffe. Man sollte denken, das sei ganz toll, denn dann könnte man das Sicherheitsrisiko ja minimal halten. Aber eben das ist nicht gemeint.

Bessere wissenschaftliche

Erkenntnisse als Grundlage einer besseren Information der Bevölkerung? Im Gegenteil! Gerade deshalb — weniger informieren! Und damit den Kapitalisten alle Wege offenhalten.

Wolters meinte auch, wenn er ein Baby und einen Vorrat an Kalbfleisch hätte, würde er sie nicht wegwerfen. Er hat gut reden. Ich jedenfalls habe das getan!

## Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hier mit bestelle ich:  
Abonnement ab Nr. ....

- ☐ für 1 Jahr  
☐ für 1/2 Jahr  
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60,- ☐ halbjährlich DM 30,-

Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

## Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....  
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD, Wallinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.



Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch



## Rechtsextremismus unter Jugendlichen (Teil 1)

# „Jung, dynamisch, nicht etabliert“

## Wie rechtsextreme Gruppen Jugendliche umwerben

Die Bombenanschläge von Bologna, München und Paris haben viele Menschen in unserem Land aufgerüttelt. Die Neonazis in Europa formieren sich. Sie haben uns mit einer Welle von Gewalt und Terror konfrontiert, wie wir sie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr kannten. Erschreckend dabei: Es sind nicht die alten, ewig gestrigen Nazis, sondern vorwiegend junge Menschen, die den Terror ausüben. Gundolf Köhler war erst 21 Jahre alt. Die Zeit, in der in der westdeutschen NS-Szene Männer wie Manfred Roeder, Thies Christophersen oder Erwin Schönborn bestimmend waren, ist vorbei.

Dieser Verjüngungsprozeß in den rechtsextremen Kreisen ist verbunden mit einer weiteren Entwicklung: Die offen militant auftretenden Gruppen vergrößern sich auf Kosten vor allem der NPD. Wir wollen hier kurz aufzeigen, mit welchen Methoden hauptsächlich gearbeitet wird, um Jugendliche zu gewinnen.

### „Bund Heimat-treuer Jugend“

Der BHJ ist ein „eingetragener Verein“ und erklärt auffallend oft sein Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Er zählt zur Zeit höchstens 1.000 Mitglieder im Alter von sieben bis 16 Jahren. Das Durchschnittsalter der Führung liegt bei 25 Jahren.

Nach außen hin gibt sich der BHJ als unpolitisch und reine Pfadfindergruppe aus: „Wir wollen doch sicherlich auch dabei sein, wenn wir auf Fahrt gehen und uns abends am Lagerfeuer spannende Geschichten erzählen!“ (...) Nur versteckt, in wenigen Dokumenten, verraten sie ihre wirklichen Ziele: „Brüder im Osten und Westen, Brüder in Österreich! Aus den zerschlagenen Resten bau'n wir ein neues Reich.“

Der BHJ führt zu Schulungszwecken sogenannte „Treffen der Generationen“ durch. Es nahmen u.a. teil: Flugkapitän Hans Baur, 33 Jahre Chef-pilot bei Hitler, bis zuletzt im Führerhauptquartier, Wilfried von Oven, einst Adjutant von Goebbels, Mitarbeiter der „National-Zeitung“, Alfred E. Manke, Mitbegründer der „Aktion Widerstand“. Unterstützung bekommt der BHJ durch die rechtsextreme Monatszeitung „MUT“, die NPD-nahe „Deutsche Wochen-Zeitung“ (Mitherausgeber: Adolf von Thadden) und das NPD-Organ „Deutsche Stimme“.

Den Eltern gegenüber betont der BHJ Ordnung, Disziplin und Gemeinschaftssinn: „Unser sauberes und ordentliches Auftreten wird von vielen Herbergseletern geschätzt. Nikotin und Alkohol haben auf unseren Lagern keinen Platz.“ Den Jugendlichen gegenüber gibt er sich fortschrittlich und modern: „Wir sind eine andere Jugend! Wir haben die Heuchelei in Ost und West satt (...) Wir wollen keine tödliche Langeweile (...) Wenn uns keiner den richtigen Weg zeigt, dann suchen wir uns ihn selbst! Und wir werden ihn finden!“

Erfolg dabei? Bundesführer Gernot Möric: „Wir verzeichnen einen guten Aufwärtstrend.“ Rekrutierungsfeld: „Weniger politische Gruppierungen, eher Pfadfindergruppen und -verbände diverser Art.“

### Wiking Jugend

Seit 25 Jahren gibt es die WJ,

ebenfalls ein „eingetragener Verein“. Sie zählt nach eigenen Angaben zur Zeit 1.000 Mitglieder und ihr Selbstverständnis wird wie bei dem BHJ aus der bündischen Jugendarbeit erklärt. Doch so gleich sind die beiden Verbände nicht. Die „Wiking Jugend“ tritt wesentlich militanter auf. Zwei führende Funktionäre wurden wegen „rechtsextremistischer Gewalttaten“ zu insgesamt 11 Jahren Gefängnis verurteilt. Bei Haus-

Für die Oberschulen gibt die WJ „Gack — Das Schulmagazin mit der gewissen Note!!!“ heraus. „Chefredakteure sind Reiner Schmitz und Rudi Wittig (...) Hilfsredakteure sind u.a. Rubenzahl und die 7 Zwerge, Knecht Ruprecht, die wilde 13 und der letzte Mohikaner“. Mit einer Mischung aus „Gack“ und rechtsextremer Propaganda scheint die WJ Erfolg zu haben. Nach eigenen Angaben hat die Zeitung eine Auflage von 4.000



Wiking Jugend auf einer Versammlung der Deutschen Volksunion.

durchsuchungen wurden neben Schlag- und Stichwaffen auch eine Maschinenpistole sichergestellt. In Westberlin hat die WJ mehrere antifaschistische Veranstaltungen gesprengt und Flugblattverteiler zusammengeschlagen.

Die „Wiking Jugend“ gibt es auch in Frankreich, England, Spanien, Holland, Belgien, Dänemark und Schweden. Sie teilt ihre Mitglieder in „Pimpfe“ und „Jungmädel“ ein und bekennt sich offen zur nationalsozialistischen Rassenideologie. „Rettung des NORDLANDES“, wie sie es nennen. Sie führt regelmäßig paramilitärische Übungen — „Wehrkampf“ — durch. Auf dem Programm stehen: Schießen, Keulenzielwurf, Hindernislauf und ein 25-Kilometer-Marsch. Für die „Pimpfe“ im fortgeschrittenen Alter gibt es Einzelkämpfer-Training. „Wir üben für den Krieg“. „Laßt die Fahrtenmesser blitzen und die Sozischweine flitzen“. „Blut muß fließen knüppeldick, wir scheißen auf die Freiheit in der Bundesrepublik“ — diese Sprüche fing der Fernsehreporter Dirk Gerhard auf einem Lager in der Eifel ein.

### Junge Nationaldemokraten

In der JN sind Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren organisiert, nach eigenen Angaben 5.000. Das Bundesinnenministerium schätzte im vergangenen Jahr die Mitgliederzahl auf 1.600. Die JN stellt ihren politischen Anspruch heraus. Sie will aufräumen „mit dem Raub- und Mordgesindel“. Der gesamte „marxistische Sumpf“ müsse trockengelegt werden, denn „jeder Deutsche ist durch das rote Lumpenpack bedroht“. Ihre Parolen: „Fegt das rote Mordgesindel weg!“ „Zerschlagt den

Kommunismus!“, „Zerschmettert die Welthochfinanz!“ Sie will die „Verwirklichung des dritten Weges jenseits von Kapitalismus/Liberalismus und Kommunismus/Marxismus.“ Zur Zeit betreibt sie mit der NPD die Ausländerhetze, fordert „Ausländer stopp“ und „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“.

Untergliederungen der JN gibt es für Schüler, Lehrlinge, Soldaten und Studenten. In einer Anweisung heißt es: „... vor allem um die Alltagsprobleme kümmern. Nur ab und zu, große Politik“ einfließen lassen.“

Freizeitgestaltung wurde auch von der JN als wichtiges Mittel begriffen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Man kennt Autoralleys, Zeltlager, Film- und Sportveranstaltungen usw. Im übrigen legt die JN keinen gesteigerten Wert darauf, daß ihre Mitglieder nicht rauchen oder trinken bzw. die Jungen kurze Haare tragen, wie es bei der WJ und dem BHJ üblich ist.

Es ist bekannt, daß die JN an verschiedenen Orten über trainierte Schlägertrupps verfügt, die Gegendemonstrationen angreifen und zusammenschlagen. Viele JNler halten den Kurs ihrer Organisation, vor allem aber der NPD für zu lasch und wandern deshalb ab zu den offen militanten Gruppen der NS-Szene. Sie, die erst in den letzten Jahren entstanden, rekrutieren sich hauptsächlich aus Mitgliedern der JN. In Berlin gibt es direkte Verbindungen zwischen dem Landesvorstand der JN und der illegal arbeitenden NSDAP-AO.

Die „Jungen Nationaldemokraten“ wiederum gewinnen viele ihrer Mitglieder aus der „Jungen Union“ und der „Schüler Union“.

### Militante Gruppen

Zu den bekanntesten Gruppen zählt die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ um Michael Kühnen aus Hamburg. Kühnen und andere Gefolgsleute der ANS sitzen zur Zeit im Knast. Überfälle auf Bundeswehrdeposits, auf den NATO-Truppenübungsplatz Bergen-Hohne, auf eine Hamburger Sparkasse, einen Kölner Kaufmann und schwere Körperverletzung an

mehreren Personen gehen auf ihr Konto. Kühnen kam in dem Bückeburger Prozeß Ende vergangenen Jahres glimpflich davon und erhielt nur vier Jahre. Ein halbes Jahr später zog die Bundesanwaltschaft ihr Revisionsbegehren klammheimlich zurück. Man rechnet jetzt damit, daß Kühnen 1981 wieder auf freiem Fuß sein wird.

Der Rest der Hamburger Gruppe blieb indes nicht untätig. Ähnliche Gruppen wurden in Kiel, Bremen, Hannover, Braunschweig und Frankfurt gegründet. Auf das gesamte Bundesgebiet verstreut soll es an die 1.000 zumeist jugendliche aus Arbeiter- und Handwerkskreisen geben, die sich diesem Teil der NS-Szene zugehörig fühlen.

Das politische „Programm“ der ANS läßt sich in drei Parolen zusammenfassen: „Aufhebung des NS-Verbotens, d.h. Legalisierung der NSDAP; 2. Bau-stopp für Atomkraftwerke; 3. Kampf dem Kommunismus“. Bekannt geworden ist die Truppe um Kühnen hauptsächlich durch spektakuläre Aktionen, die eigens für die Presse organisiert wurden. So die Esels-Aktion in Hamburg und eine große Saalschlacht in Schleswig-Holstein bei einer Geburtstagsfeier für Adolf Hitler.

Mit genauso geringem politischen Anspruch arbeiten die verschiedenen Wehrsportgruppen. Die bekannteste und größte ist die verbotene Wehrsportgruppe Hoffmann. Sie zählt 400 Mann, aus ihr kam Gundolf Köhler. Militärischer Drill und militärische Trainingscamps sind ihre Hauptaktivitäten. Den Mitgliedern wird eingepflicht, daß sie bedingungslos ihrem Führer zu folgen haben und der Kampf sich gegen alles, was rot und kommunistisch ist, zu richten hat. Die Wehrsportgruppen verfügen über ein großes Arsenal von Waffen und militärischem Gerät, zum Teil direkt aus Bundeswehrbeständen. Und sie dürfen bei den Gewalttätigkeiten der letzten Wochen, wenn nicht direkt wie in München, so doch indirekt beteiligt gewesen sein.

Hoffmann verfügt über gute Kontakte zu Frey („National-Zeitung“), zur Wiking Jugend (da dürfte auch ein Teil seines Nachwuchses herkommen) und zu den militanten NS-Gruppen.

### Die Attraktivität

Trotz der Unterschiede, die aus der Aufzählung deutlich geworden sind, gibt es viele Gemeinsamkeiten unter den rechtsextremistischen Jugendorganisationen.

Rechtsextreme Jugendliche, ganz gleich aus welchem Verband, sind in der Regel keine geschulten, ideologisch standfesten Nationalsozialisten. Natürlich vertreten sie rechtsextremes Gedankengut und klopfen die stärksten Sprüche, doch die meisten haben sich nicht mehr, eher weniger, wie andere Jugendliche in ihrem Alter, mit diesem Thema beschäftigt.

Wer glaubt, Jugendliche würden sich rechtsextremen Kreisen anschließen, weil sie primär ihre Weltanschauung teilen, der befindet sich auf dem Holzweg. Nicht die NS-Ideologie, sondern Kameradschaft ist das Schlüsselwort zum Verständnis rechtsextremer Jugendorganisationen. Jugendliche haben das Gefühl, sich in derartigen Gruppen mit ihrer ganzen Person einbringen zu können, mit ihrem Wunsch, ihre Unzufriedenheit zu artikulieren, ihre persönlichen Probleme darzustellen und zu lösen, mit ihrem Wunsch, nicht nach ihrer sozialen Herkunft beurteilt zu werden, mit ihrem Wunsch nach Bindung und Orientierung, mit ihrem Wunsch, politisch zu arbeiten, aber auch gemeinsam Sport zu treiben, zu quatschen, ein Bier zu trinken usw.

Genaue Aussagen über die soziale Herkunft der Jugendlichen in rechtsextremen Gruppen gibt es nicht. Doch nach übereinstimmenden Berichten von Journalisten kommen die Führer aus gut bürgerlichen Familien, haben Abitur und wollen studieren. Die einfachen Mitglieder kommen in der Regel aus Arbeiterfamilien und sind nicht selten arbeitslos. Mädchen sind in allen Organisationen stark unterrepräsentiert.

Im nächsten RM:  
Die Lage der Jugend • Rechtsextremismus in der Literatur und Rock Musik • Den antifaschistischen Kampf unter der Jugend organisieren

## Demonstrationen gegen öffentliche Vereidigung



Zum 25-jährigen Bestehen der Bundeswehr sind in mehreren Standorten öffentliche Vereidigungen geplant. Zahlreiche Jugendverbände und Untergliederungen der Gewerkschaftsjugend haben ihren Protest dagegen angekündigt. Die Rote Garde ruft dazu auf, die zentrale Großdemonstration am 8. November in Bonn zu unterstützen. Sie steht unter dem Motto: „Für Frieden und Abrüstung — Gegen Militarismus — Für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung“. Treffpunkt 12.30 Uhr, Nordbrücke. Weiterhin wird die Rote Garde sich an den anderen geplanten örtlichen und regionalen Aktivitäten beteiligen.



## Ungarn: Streiks in der Hauptstadt

BUDAPEST.— Auch in der ungarischen Hauptstadt Budapest ist es zu verschiedenen Streiks in großen Betrieben gekommen.

Der ungarische Gewerkschaftsvorsitzende Sandor Gaspar erklärte in einem Interview mit dem Zentralorgan der ungarischen Partei, „Nepszabadsag“, daß es in verschiedenen großen Betrieben Budapests zu mehrstündigen Streiks gekommen sei.

Dieser Teil seines Interviews wurde von der ungarischen Nachrichtenagentur MTI in dem von ihr verbreiteten Text nicht wiedergegeben.

Den Kádár-Leuten ist es offensichtlich in die Knochen gefahren, daß die Arbeiter der ungarischen Hauptstadt sich gegen ihren sogenannten liberalen Sozialismus wenden, der aus dem Land ein Investitionszentrum westlichen Kapitals gemacht hat, was für die Werktätigen steigende Preise und zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet, während sogenannte „rote Millionen“ in der Presse dargestellt werden.

## Belgien: Nazis vor Gericht

ANTWERPEN.— 60 belgische Nazis stehen wegen Vandalismus vor einem Antwerpener Gericht.

Zehn Tage nachdem 300 Mitglieder der faschistischen VMO-Bande mit Helmen und Eisenketten bewaffnet durch die Straßen gezogen waren, wurden alle dabei verhafteten Teilnehmer vor Gericht gestellt.

Die großen antifaschistischen Massenkundgebungen, die in diesen Tagen in verschiedenen belgischen Regionen stattfanden, haben offensichtlich einige Wirkung getan.

## Frankreich: CRS erschießt Jugendlichen

MARSEILLE.— Bei einer Ausweiskontrolle in Marseille, die der Suche nach gestohlenen Autos galt, erschoss ein Beamter der CRS-Polizei einen 17-jährigen marokkanischen Jugendlichen.

Offiziell wurde erklärt, dies sei ein Unglücksfall gewesen, da sich bei der Kontrolle versehentlich mehrere (!) Schüsse gelöst hätten, die den Jungen tödlich trafen.

Noch am selben Tag organisierten verschiedene Parteien und Gewerkschaften, sowie Vereinigungen ausländischer Arbeiter in Frankreich und die islamische Gemeinde Marseilles eine Protestdemonstration, an der sich 4 000 Menschen beteiligten.

## EG: Arbeitslosigkeit steigt

BRÜSSEL.— Waren zur Jahresmitte 1980 (siehe letzten RM) noch 6,5 Millionen Menschen innerhalb der EG ohne Arbeit, so stieg diese Zahl bis Ende September nach offiziellen Angaben auf 7,1 Millionen.

Damit ist jetzt in der EG jeder fünfzehnte Werktätige ohne Arbeit. Im Vergleich zum September letzten Jahres beträgt die Steigerung 18,3 Prozent. Luxemburg, die Bundesrepublik und die Niederlande liegen unter dieser Durchschnittszahl Dänemark auf dieser Höhe, während Britannien, Irland, Italien und Frankreich darüber liegen. In Belgien ist jeder neunte ohne Arbeit.

In allen Teilen Griechenlands

# Massendemonstrationen gegen die NATO

ATHEN.— Der offizielle Wiedereintritt Griechenlands in die NATO lief bereits in der letzten Woche massive Protestaktionen in den städtischen Zentren des Landes hervor. Die Regierung Rallis und Präsident Karamanlis hatten diesen Schritt nach intensiven diplomatischen Aktivitäten der USA und des NATO-Oberbefehlshabers, General Rogers, beschlossen.

Nachdem mit dem Militärputsch in der Türkei der Widerspruch von dort aus gegen Griechenlands Wiedereintritt beendet war, planten die griechische Regierung und der General-

sind noch längst nicht vergessen, die Wunden noch nicht verheilt. Und es ist auch bekannt, daß es der amerikanische Geheimdienst CIA war, der 1967 diesen Putsch inszenierte, so-

Thessaloniki die ersten Massendemonstrationen. An den Demonstrationen, die bereits vor der offiziellen Verkündung des Regierungsbeschlusses stattfanden, beteiligten sich mehr als



Studentendemonstration in Athen 1973: Die Hauptlosung der damaligen Massenbewegung, die zum Sturz der Junta führte, war „Nieder mit der Junta — raus aus der NATO“. Die Erinnerung ist fest verwurzelt.

stabschef Gratsios den Widerstand des eigenen Volkes durch einen Überraschungscoup zu brechen. Über die Verhandlungen wurde absolutes Stillschweigen bewahrt.

Diese Geheimpolitik der griechischen Regierung war notwendig, da erst vor kurzem systematisch durchgeführte Meinungsumfragen im Lande, die das Klima bessern sollten, ergeben hatten, daß mehr als zwei Drittel der Bevölkerung gegen einen Wiedereintritt in die NATO sind.

Der Hauptgrund für diese Haltung ist bekannt: Die sieben Jahre blutiger faschistischer Diktatur der Pattakos und Co.

wie, daß die NATO das Militärregime bedingungslos unterstützte.

Noch während die Kriegsdiplomaten aus Washington zwischen Athen, Rom und Ankara hin und her hetzten und die beiden Regierungen zur Einigung zwangen, gab Papandreou, der Führer der oppositionellen Sozialistischen Partei die Losung aus, Griechenland müsse sich endgültig und völlig aus der NATO lösen. Dies stieß bei einer Kundgebung mit 50 000 Teilnehmern in der Hafenstadt Patras auf begeisterten Jubel.

Und noch während die Nachrichtensperre im eigenen Land galt, gab es in Athen und

40 000 Menschen. Alle oppositionellen Parteien und Organisationen haben sich inzwischen bereits gegen den Beitritt zur NATO ausgesprochen.

Auch zahlreiche Streikende des öffentlichen Dienstes sprachen sich auf gewerkschaftlichen Kundgebungen bereits gegen diesen Beschluß Rallis und Karamanlis aus — ihre Organisationen waren schließlich unter dem Regime der NATO-Obri- sten verboten gewesen.

Gerade jetzt, da im ganzen Land eine große Streikbewegung entsteht, muß dieser Regierungsbeschluß für die Gewerkschaftsbewegung Griechenlands eine offene Provokation darstellen.

# Aktionen gegen Faschismus in ganz Frankreich

PARIS.— Überall in Frankreich fanden in den ersten Oktobertagen gewaltige Massenkundgebungen gegen die faschistischen Terrorbanden statt, die mit ihren Morden den Haß der demokratischen Öffentlichkeit des Landes auf sich gezogen haben. Immer wieder wurden dabei auch Polizei und Innenministerium der Verwicklung angeklagt.

Neben der gewaltigen Massendemonstration von Paris an der sich rund 300 000 Menschen beteiligten hatten gab es allein in Paris vier weitere Aktionen mit über 20 000 Teilnehmern.

Verschiedene der Protestkundgebungen wurden von der

Zusammen mit verschiedenen anderen Polizeiskandalen der letzten Zeit, so im Mordfall Broglie, und dem Vorgehen der Polizeieinheiten, insbesondere der CRS, hat dies den Unmut gegen die Polizei wesentlich verstärkt.

An all diesen Kundgebungen

schen Kommunisten ihre Angriffe nicht nur auf die Faschisten selbst, sondern warnen auch vor den Verbindungen zwischen Staatsmacht und Faschisten.

Die Union des Volkswiderstands verbreitete bei diesen Aktionen auch zahlreiches Mate-



Der Block der Union des Volkswiderstands auf der Pariser Massendemonstration.

in Paris beteiligte sich auch die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs, der Jugendverband UJAFJ und die Union des Volkswiderstands gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Im Gegensatz zur Politik der revisionistischen KP Frankreichs richteten die französi-

rial, das beweist, wie diese faschistischen Umtriebe der Nazis und die seit langem von offiziellen Stellen geschürte rassistische Kampagne gegen ausländische Arbeiter und Studenten eine Strömung der reaktionären Politik der französischen Herrschenden darstellen.

Die Union des Volkswiderstands verbreitete bei diesen Aktionen auch zahlreiches Mate-



Streikende Arbeiter in Polen

Behinderung durch Behörden

# Polnische Gewerkschaften ringen um Zulassung

Drohungen vom Warschauer Pakt

WARSAWA.— Dem neugegründeten polnischen Gewerkschaftsverband „Solidarität“ werden von den polnischen Behörden verschiedene Hindernisse in den Weg gelegt. Neben dem Bekenntnis zur Verfassung Polens soll jetzt in die Statuten auch eine Anerkennung der „führenden Rolle der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ aufgenommen werden. Dies zu tun haben sich die Führer der neuen Gewerkschaft geweigert.

In diesen Tagen scheint sich dieser Widerstand ausgezehrt zu haben, denn es wurde ein Parlamentsausschuß einberufen, der ein neues Arbeitsgesetz und ein neues Gewerkschaftsgesetz ausarbeiten soll. Von Seiten der freien Gewerkschaften wurden neben Lech Walesa auch Andrej Gwiazda und Jaroslaw Sienkiewicz als Teilnehmer berufen.

Die „Solidarität“-Gewerkschaften, die bereits mehr Mitglieder haben als der staatliche Gewerkschaftsapparat, haben angesichts der verschiedenen Einschüchterungsversuche sowohl eine klare Haltung als auch einen kühlen Kopf bewahrt. Sie distanzieren sich dabei auch von der westgesteuerten „Konföderation für ein unabhängiges Polen“, die versuchte, die Gunst der Stunde zu nutzen.

Währenddessen werden die Drohungen fortgesetzt. Nach den Militärmanövern des Warschauer Pakts wurde die neueste Außenministertagung dazu benutzt, Druck auf Polen auszuüben, während alle anderen so-

genannten Bruderländer öffentlich auf Distanz zur polnischen Partei gehen. Auf einer Kundgebung in Krakow sagte Lech Walesa zu diesen Vorstößen, die Gewerkschaftsorganisationen würden jetzt so arbeiten, als wären sie bereits anerkannt und würden sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen.

Währenddessen versucht die offizielle Politik der PVAP weiterhin alles, das Gesicht der herrschenden Klasse zu wahren. Weiterhin werden, jetzt auch in verschiedenen Provinzstädten, besonders auffällige korrupte Elemente und Profitjäger vor Gericht gestellt.

Ein Prozeß droht jetzt auch einem sehr prominenten Mitglied der Mannschaft Edward Gierkowski. Der ehemalige Ministerpräsident Babuch wird immer scharfer kritisiert. Nachdem er noch beim letzten Parteitag gefeiert worden war und als starker neuer Mann hingestellt, soll ihm jetzt ein Großteil der Verantwortung aufgelastet werden.

Kritik an Polens alter Garde

# Rumäniens Ceausescu nimmt den Mund voll

Beschönigung der eigenen Zustände

BUKAREST.— In einer Rede vor dem Zentralkomitee der rumänischen revisionistischen Partei hat der Parteivorsitzende Ceausescu heftige Kritik an der selbsterhaltenen polnischen Führung geübt und betont, solch eine Entwicklung sei in Rumänien unmöglich.

In Polen, so Ceausescu, sei grundlegend gegen den Sozialismus verstoßen worden. Privilegien für Parteifunktionäre und Reprivatisierung der Landwirtschaft hätten alle möglichen kapitalistischen Elemente ertüchtigt und entwickelt. Demgegenüber hätten die Arbeiter nicht das Recht gehabt, ihre Meinung zu sagen.

So richtig dies sein mag, auch wenn er die jetzige Führung natürlich ausnimmt, obwohl sie aus Leuten besteht, die dazugehören, so ist es doch gleichzeitig und vor allem ein Manöver, um Ruhe im eigenen Haus zu sichern.

Selbst das fürstliche Leben des Ceausescu-Klans einmal vergessen, bleiben immer noch genügend Tatsachen, die beweisen, daß es auch im revisionistischen beherrschten Rumänien nicht anders aussieht als in Polen. Gerade in der Bundesrepublik sind beispielsweise die rumänischen Leiharbeiter noch in guter Erinnerung, die der jetzige Kritiker selbst vor einigen Jahren an westdeutsche Baukapitalisten vermietete. Ebenfalls bekannt sind die sehr ausgedehnten Wirtschaftsbeziehungen Rumäniens zum Westen, wo Investitionen im amerikanischen Dollar und der westdeutschen Mark an der Tagesordnung sind.

Und was die Rechte der Arbeiter betrifft, so sei an den von Sicherheitskräften niedergeschlagenen Streik der rumänischen Bergbauarbeiter vor einiger Zeit erinnert, wo von Demokratie oder einem funktionierenden gewerkschaftlichen Organe nicht die Rede war.

So ist auch das einzig ernstzunehmende an Ceausescus Rede die Drohung gegen die freien Gewerkschaften. Man kenne diese Losung, die stets eine reaktionäre und antikommunistische Losung gewesen sei, betonte er. Was insofern richtig ist, wenn die Alternative von der kommunistischen Partei geführte Klassengewerkschaften sind. Dies aber ist in den Ländern Osteuropas überholt, wo der Kommunismus nur noch hohle Phrase ist.



Karmal auf „Staatsbesuch“ in Moskau

# Normalisierung soll demonstriert werden

Aber nach wie vor Kämpfe in verschiedenen Provinzen

MOSKAU.— Der Empfang für Babrak Karmal in Moskau, der ganz in der Art eines normalen Freundschaftsbesuches organisiert wurde, soll eine angebliche Normalisierung der Lage in Afghanistan demonstrieren, die es in Wirklichkeit nicht gibt.

Mit allen Ehren eines Staats- oberhauptes wurde Babrak Karmal in Moskau empfangen. Mit seinem offiziellen, ausgedehnten Besuch sollte gezeigt werden, daß die Lage in Afghanistan normal ist, daß der Chef der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVP) sich seinen internationalen Aufgaben widmen kann. Aber selbst aus den Tatsachen und Berichten, die aus den Dokumenten des Besuchs selbst hervorgehen, wird ein anderer Zustand des Landes deutlich.

Wie die sowjetische Nachrichtenagentur TASS mitteilte, hat die UdSSR seit dem sogenannten Freundschaftsvertrag von 1978 bereits den Bau von 73 Fabriken und Industrieobjekten abgeschlossen, während 76 weitere noch im Bau sind. Von diesen Fabriken allerdings, das wird in dem Kommuniqué nicht erwähnt, dient die Mehrzahl zur Bearbeitung und Weiterleitung von Erdöl und Erdgas in die UdSSR, die ihrerseits an Afghanistan Kohle verkauft. Das afghanische Erdgas, neben der strategischen Lage des Landes einer der Hauptgründe für das Interesse der sowjetischen Imperialisten an Afghanistan, befindet sich also fest in Moskaus Hand.

Aber auch die amtlichen Angaben und Beteuerungen über die politische und militärische Lage sind durchsichtig. So wird behauptet, die „Banditenaktionen“, wie der Widerstand offiziell genannt wird, würden immer mehr abnehmen. Andererseits wird selbst in der Hauptstadt Kabul die Ausgangssperre um zwei Stunden verlängert, auch dies eine amtliche Verfügung. Zählbar sind schließlich auch, im Gegensatz zu manchen Angaben über den Widerstand im Inneren des Landes, die Zahlen der nach Pakistan geflohenen Menschen: Eine Million und zweihunderttausend leben dort bereits, vorwiegend in Flüchtlingslagern.

Daß das afghanische Volk seiner Meinung nach, ein Volk von Banditen sei, hat im Kreml noch niemand gesagt. Aber es ist die Schlußfolgerung, die man aus der Sachlage und dem Vorgehen Moskaus ziehen muß.

Gleichzeitig diene Karmals Besuch in Moskau noch dem Ziel, dessen Position, national wie international zu stärken.

International in Beziehung auf die nächste UNO-Versammlung, wo die Frage von Afghanistan zur Debatte steht. Damit will Moskau Signal setzen, daß Karmal nach wie vor sein Mann in Kabul ist und daß die Moskauer Imperialisten zumindest gegenwärtig nicht bereit sind, über ihn Kompromisse zu schließen. Dieses Signal gilt natürlich nicht den westlichen Imperialisten, die sowieso nur eine Lösung in ihrem Sinne in Afghanistan akzeptieren würden sondern es gilt vor allem jenen zahlreichen Staaten Asiens und Afrikas, die die sowjetische Intervention verurteilt haben und keine Vasallen Washingtons sind.



„Normalisierung“ in Kabul: Panzer und Patrouillen.

Im Inneren ist dieser Besuch eine Antwort auf die wachsenden Differenzen innerhalb der regierenden „Partei“. In der DVP drohen die beiden, auf Befehl der UdSSR zusammengeschweißten Gruppen Parcham und Khalk wieder auseinanderzubrechen. Insbesondere die Khalkgruppe des gestürzten und liquidierten Amin wittert wieder Morgenluft. Es ist Karmal nicht gelungen, das Land durch seine Abgrenzung gegen Amin zu befrieden. Je weniger er diese Aufgabe erfüllt, desto schwächer wird seine Position.

Die nationale Widerstandsbewegung kann diese Schwäche des Regimes nicht ausnutzen, da sie selbst nach wie vor gespalten ist. Verschiedene Widersprüche hindern sie bisher an einem gemeinsamen, koordinierten Kampf gegen die imperialistische Besatzungsmacht und ihre Marionetten. Die Widerstandskämpfer selbst aber führen Operationen

nen durch, bzw. setzen ihre Operationen in verschiedenen Provinzen des Landes fort. Auch in Kabul gibt es Sabotageakte und Attentate auf die sowjetischen Besatzungstruppen. Nach Berichten geflüchteter Personals ist das sowjetische Militärkrankenhaus in Kabul ständig gefüllt.

Vor diesem Hintergrund ist auch Breshnews ausmaßende Äußerung zu verstehen, die Sowjetunion werde nach wie vor die Sicherheitsinteressen beider Staaten wahrnehmen.

Mit der typisch imperialistischen Begründung, interne Vorgänge in einem anderen Land würden die eigene Sicherheit gefährden, war ja schon der

Einmarsch vor 10 Monaten begründet worden. Zwar ging der Kreml nicht so weit, einen bevorstehenden Angriff auf die UdSSR zu erfinden, aber diese allgemeine Begründung reichte den Moskauer Imperialisten schon aus.

Mit der Bekräftigung dieser Äußerung zeigen die Breshnewleute, daß sie nicht zu politischen Kompromissen bereit sind. Dies beweist einmal mehr nicht nur die Berechtigung, sondern auch die dringende Notwendigkeit des bewaffneten Widerstandes gegen die Aggressoren.

Die afghanische Widerstandsbewegung steht dringend vor dem Problem, die nötige Einheit zu schaffen und sich unabhängig von imperialistischen Intrigen zu entwickeln. Als Beispiel dafür soll der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Imperialisten genannt werden, dessen Kämpfer die Waffen vom Feind „bezogen“.

Auch die Bundesregierung stimmte dafür

## UNO stützt weiterhin das faschistische Pol-Pot-Regime

NEW YORK.— Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat abermals das Sitz- und Stimmrecht des gestürzten faschistischen Pol-Pot-Regimes für Kambodscha in der UNO bekräftigt.

Zwar betonten Vertreter der Bundesregierung lautstark und in allen Tonalitäten, man habe keinerlei Sympathie für das Pol-Pot-Regime. Aber selbst in diesen Ausflüchten kommt die Wahrheit zutage: dies sei, so verlautete es aus dem Auswärtigen Amt, keine Wahl für Pol Pot, sondern eine Abstimmung gegen Vietnam.

Um gegen Vietnam zu stimmen, ist man in Bonn also bereit, das Pol-Pot-Regime in

der UNO zu halten, wo es für niemand spricht, außer für sich selbst und seine maoistischen Hintermänner. Und natürlich dazu dient, den Hauptschuldigen an den gegenwärtigen Verhältnissen im Südosten Asiens zu verstecken: den USA-Imperialismus, der mit seiner völkermörderischen Aggression gegen die Völker Indochinas diese ganze Entwicklung einleitete.

Betont werden muß dabei, daß die Bonner Haltung keines-

wegs „selbstverständlich“ ist. Und dies noch nicht einmal innerhalb des Lagers des westlichen Imperialismus. Es gibt mehrere Staaten des Westens, die sich wenigstens der Stimme enthalten.

So erwies sich auch hierbei die Bundesregierung, die ja westdeutsches Gebiet bereits als Nachschubbasis für den amerikanischen Überfall auf Indochina freigegeben hatte, wieder einmal als treuester Kumpan der USA-Imperialisten.



Die hier begonnene Allianz Peking-Washington wird heute allseitig verstärkt, maoistische Schaukelpolitiker stören dabei.

## Vier Jahre nach der Verhaftung In Peking beginnt der Prozeß gegen die „Viererbande“

Geheime Vorverhandlung — Mao wird angegriffen

PEKING.— Der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses der VR China, Peng Tschen, informierte in der letzten Woche die westliche Presse über den bevorstehenden Beginn des Prozesses gegen die sogenannte „Viererbande“.

Der Staatsanwalt, so Peng Tschen, werde in den nächsten Tagen die offizielle Anklageschrift veröffentlichen, der Prozeß selbst Ende Oktober oder Anfang November beginnen. Er gab auch bekannt, daß bereits eine geheime Vorverhandlung stattgefunden habe, bei der einige Angeklagte geständig, andere widerspenstig gewesen seien.

Angeklagt sind in diesem Prozeß nicht vier sondern zehn Personen. In Wirklichkeit steht aber noch ein Elfter vor Gericht: Mao Tse-tung. Und mit ihm auch Hua Guo-feng, sein von ihm ernannter Nachfolger.

Die Viererbande und Lin Biao, so betonte Peng Tschen, seien nur deshalb an die Macht gekommen, weil es in der Zeit von 1966 bis 1976 in China keine umfassenden Gesetze gegeben hätte. Dafür trage die damalige Führung der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze die direkte Verantwortung.

Peng Tschen, zusammen mit Liu Schao-schi und Deng Hsiao-ping zentrale Figur der in der sogenannten Kulturrevolution

vorgetragenen Angriffe nimmt nun also späte Rache an dem Mann, der in abwechselnd fördernde, verurteilende und wieder fördernde. Mit diesem offenen politischen und juristischen Angriff auf die einstige Galleonsfigur Mao nimmt die Zeit der innerparteilichen Kämpfe nach Maos Tod einen ersten Abschluß. Nachdem der Einfluß der „Traditionisten“ genannten Gruppe um Hua Guo-feng, die sich auf die Lehren Maos berief, immer mehr zurückgedrängt wurde, soll sie jetzt, mit dem Urteil über ihren Ziehvater, endgültig ausgeschaltet werden. Die „Pragmatiker“ Dengs haben in diesem Kampf endgültig die Oberhand gewonnen.

Und diesen Sieg sichern sie ab. Durch die Bestellung einer neuen Regierung, durch den Aufbau eines entsprechenden Parteiapparats und durch die Beschleunigung ihrer Politik. Daß dabei Arbeitsunfälle, Streiks, Studentendemonstrationen und Unruhen zahlreicher werden, zeigt und erzeugt die wachsende Unzufriedenheit mit einem kapitalistischen Kurs.

Von Djibouti ausgelaufen

## Französische Kriegsmarine am Persischen Golf

PARIS.— In einer Pressemitteilung bestätigte in der letzten Woche das französische Wehrministerium, daß französische Kriegsschiffe vom Stützpunkt Djibouti ausgelaufen sind und Kurs auf die Straße von Hormus genommen haben.

Dabei handelt es sich um eine kleine Flotte von vier Kriegsschiffen, die von ihrer normalen Route, weiter im Süden des Indischen Ozeans abkommandiert wurden, um „in einer Zeit der Spannungen“ französische Interessen zu schützen.

Ganz ähnlich wie der amerikanische Imperialismus in seiner Carterdoktrin, so behaupten also auch die französischen Imperialisten in arroganter Weise, sie hätten dort Interessen, die, natürlich, über den Interessen der Völker dieses Gebietes liegen.

Der offizielle Auftrag der Flotte lautet, die „maritime Situation“, also die Flottenbewegungen, zu überwachen, und „im Notfall die Öltransporte zu sichern“.

Hintergrund dieser aggressiven Maßnahmen ist natürlich die massive Beteiligung wichtiger Gruppen des französischen

Monopolkapitals an der imperialistischen Ölpolitik der Multis. Vor allem über die Rothschildgruppen sind sie auch an ausländischen Monopolen beteiligt, während die französischen Ölmultis CFP und ELF Aquitaine ihre Operationen weltweit wesentlich verstärkt haben. Heute ist die CFP eigentlich als achttes Mitglied des Bundes der sogenannten „sieben Schwestern“ zu zählen.

Dabei liegen Afrika und der gesamte Indische Ozean nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses der französischen Imperialisten, die deshalb auch jetzt gerade hier zum ersten Mal außerhalb der ehemaligen Kolonien in so offener Weise mit Kriegseinsatz drohen.

Am selben Tag, da diese Flotte aus Djibouti auslief, wurde vom Kriegshafen Toulon aus Verstärkung für die französische Flotte in Marsch gesetzt.

## Sri-Lanka: Ausnahmezustand beschlossen

COLOMBO.— Die regierende Partei der nationalen Einheit (NUP) hat in der letzten Parlamentssitzung den Ausnahmezustand für ganz Sri Lanka (Ceylon) beschlossen.

Zur selben Zeit wurden der früheren Ministerpräsidentin und Vorsitzenden der Freiheitspartei (FP), Bandaranaike, die politischen Rechte für sieben Jahre aberkannt. Damit soll der wachsende Rückhalt, den ihre Oppositionspartei bekam, gestoppt werden und die reaktionären Reformen in der Wirtschaftspolitik unbehelligt fortgesetzt werden. Die staatlichen Beihilfen für große Familien waren ebenso abgeschafft worden wie die begonnene Agrarreform. Bereits vor einigen Wochen hatte die Regierung Juyewardene einen Streikaufruf der Gewerkschaften für höheren Lohn mit der Entlassung von vierzigtausend Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst beantwortet. Nur ausländische Investitionen, so die Regierungspartei, könnten die Wirtschaftsmisere des Landes beseitigen. Diese haben sich denn auch in der zweijährigen Regierungszeit der NUP rund vervierfacht. Die Investoren vor allem die nordamerikanischen und japanischen Multis.

## Brasilien: Lebensmittelknappheit

RIO DE JANEIRO.— Mehrmals überfiel die Polizei in den letzten Tagen in Rio Käufer-schlangen vor Lebensmittel-läden.

Der Grund: Stundenzug müssen die Werktätigen aushalten, um das allgemeine Grundnahrungsmittel der brasilianischen Armen, schwarze Bohnen zu bekommen.

Mißernte, Spekulation und Landverteilung haben zu einer enormen Verknappung der Ernte geführt, die wiederum eine starke Verteuerung nach sich zog.

Aus den Käuferschlangen heraus war es an verschiedenen Tagen zu Unruhen und Demonstrationen gekommen, deshalb die vorbeugenden Aktionen.

## Südafrika: Todesurteil

PRETORIA.— Ein weiteres Todesurteil fällte die Justiz der südafrikanischen Rassisten über einen Bürger Namibias.

Ein vierzigjähriger farbiger Arbeiter wurde zum Tode verurteilt, weil er den Kampf der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO unterstützt hatte. Ein weiterer Arbeiter wurde aus demselben Grund zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese ungeheuerlichen faschistischen Terrorurteile gegen den Befreiungskampf der Afrikaner sind umso skandalöser, da sie namibische Bürger betreffen, die legal gar nicht der südafrikanischen Justiz unterstehen.

## Südafrika: Freunde der Rassisten

FRANKFURT/JOHANNESBURG.— Freunde haben die südafrikanischen Rassisten in den westdeutschen Monopolen.

Das wurde jetzt abermals bekräftigt, als der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Thiele dazu aufforderte, die Tätigkeit westdeutscher Konzerne „weniger zu kritisieren und mehr zu unterstützen“.





Also, wie gesagt, es handelt sich hier um keine Show, sondern um eine Pilgerreise.

## J.P. II in Deutschland

## D-Mark pflastern seinen Weg

Der Papst-Besuch in der Bundesrepublik nimmt konkrete Formen an. Wie seit längerem bekannt, soll er über 20 Millionen DM verschlingen, obwohl der Teil seiner Reise, den man als Staatsbesuch werten könnte, nur drei (!) Stunden an vier Tagen ausmacht. Der Rest gleicht eher einer Missionsreise für die Verbreitung des katholischen Aberglaubens, und das auch in überwiegend evangelischen Teilen Westdeutschlands.

Bezahlen aber sollen wir alle. Unter anderem dafür, daß an Straßen, auf denen dieser moderne Pilger zwar nicht wandelt oder gar sein Kreuz trägt, sondern entlanggefahren wird, Hunderte Kilometer Kabel verlegt werden, damit sein Anblick auch wirklich keinem Fernsehzuschauer erspart bleibt.

135 000 DM kostet allein das Flutlicht für eine Vormittagsveranstaltung. Und wer glaubt, wenigstens indirekt könnten wir davon profitieren, daß jetzt einige Straßen und Plätze verengt werden, hat sich geirrt. Am Butzweiler Hof z.B. werden rund 120 000 Quadratmeter Fläche mit Bitumen und Spuck vorüber ist, wird alles wieder aufgerissen und der alte Zustand wiederhergestellt — macht nochmal 477 300 DM.

Vielleicht erklärt sich die Tatsache, daß es so wenig Spielplätze, Kindergärten usw. gibt, daraus, daß schon lange auf die Gelegenheit hin gespart wurde, uns etwas viel wichtigeres zu

spendieren: Die Anwesenheit des Vertreters Gottes auf Erden und somit eine Vorausschau auf künftige Glückseligkeit, die den profanen materiellen Interessen und irdischen Gütern natürlich vorzuziehen ist. Wer's nicht glaubt, ist selbst schuld, und vielleicht läßt er sich ja vom Papst bekehren. Denn schließlich, wie der Hosenbrücker Generalvikar H. Heilmeyer verriet, „begegnen wir in ihm auf neue Weise Christus“, „dem Geber schlechthin“.

Im Grunde genommen ist die Tatsache, daß dem schwerreichen Kirchenfürsten unsere Steuergelder nachgeschmissen werden, ein Skandalereignis. Sie ist auch eine Ermutigung für die Chefprediger der fortschrittsfeindlichen Verdummungslehre des Katholizismus, die schon ihre Haupt höher erheben und Hetztiraden selbst gegen evangelische Christen vom Stapel lassen.

In Regensburg etwa trat dieser Tage die „Katholische Elternschaft Deutschlands“ mit

der Forderung nach einer stärkeren Betonung christlicher Elemente im Schulunterricht und in der Erziehung überhaupt hervor. Sie ging so weit, die staatliche Verwaltung zur „Erleichterung der christlichen Gestaltung von Unterricht und Erziehung“ aufzufordern. An die Amtskirche gewandt, erklärte die KED: „Christliche Erziehung ist ein Gut, das es auf der Basis der Verfassung offensiv zu verteidigen gilt.“

Es ist eine Schande für einen sich „demokratisch“ nennenden Staat wie die Bundesrepublik, daß hier noch nicht einmal eine Grundforderung der bürgerlich-demokratischen Revolution, die vollständige Trennung von Kirche und Staat vollzogen ist.

Jedem Kollegen aber sollte die anlässlich des Papstbesuches betriebene Verschleuderung von Millionen DM deutlich machen, was von den Betonungen der Unternehmer und des Staates zu halten ist, für mehr Lohn und bessere Sozialleistungen sei kein Geld vorhanden.

„Blutige Brigyda“:  
Verbrechen nicht gewolltVerfahren in fünf  
Fällen eingestellt

## Neuer Skandal im Majdanek-Prozeß

In fünf der grausamsten Mordfälle wurde das Verfahren gegen die „Blutige Brigyda“ eingestellt, weil nicht erwiesen sei, daß sie die unter ihrer Aufsicht verübten Verbrechen gewollt habe!

Diese Entscheidung fällt der Düsseldorfer Schwurgerichtshof letzte Woche. Die ehemalige KZ-Außerer war unter anderem für die Erhängung und Erschießung von Kindern verantwortlich.

Der Zynismus der westdeut-

schen Richter ist kaum noch zu überbieten. Sie sind zugleich eine direkte Ermutigung der alten und neuen Nazis, ihr Werk auch heute fortzusetzen. Solche Urteile stellen eine unmenschliche Verhöhnung der Opfer der Hitlerfaschisten dar.



„Blutige Brigyda“ im Gerichtssaal.

## „Planspiel“ der Polizei:

## Todesschuß in Aachen

AACHEN. — „Vorsätzlicher Mord“ — das wäre, wenn es bei uns mit rechten Dingen zuginge, das Urteil über die von Polizei und Staatsanwaltschaft gemeinsam vorbereitete Erschießung eines jugendlichen Kleinkriminellen in Aachen.

Geht es aber nicht! Oberstaatsanwalt Günter Stein vermutet eine Einstellung des Verfahrens wegen „fahrlässiger Tötung“ gegen den Schützen „und andere“. Danach soll es wieder einmal Notwehr gewesen sein.

Dabei geht es hier um ein Verbrechen, dessen Planung der Polizei bereits lange vorher durch die Anzeige eines Beteiligten bekannt war: Zei Jugendliche wollten ein Juweliergeschäft ausrauben. Einer der beiden, Gunter Philipp, ging vorher aus Angst zur Polizei. Anstatt nun den Überfall überhaupt zu verhindern, bedrängten ihn die Polizisten, ihn auf je-



Stop dem Polizeiterrort! den Fall mitzumachen. Nach Rücksprache mit der Staatsan-

walterschaft entschied man sich dafür, die beiden im Verkaufsraum zu empfangen.

Das sah dann so aus: Als die beiden das Geschäft betraten, und, irritiert davon, daß es ganz leer war, ihre Gaspistolen zogen, stürmten Polizisten mit gezogener Pistole bzw. Maschinengewehr hinter einem Vorhang vor. „Hände hoch, Polizei!“ — und schon fiel einer der beiden, Detlef Moysiszik, der völlig perplex war und nicht wie Gunter sofort seine „Waffe“ fallen ließ, tot um: Brustdurchschuß.

Diese immer beliebter werdende Praxis der Polizei macht die Debatte über das Todesschußgesetz fast sinnlos. Mit oder ohne Gesetz — die Polizei vereinfacht viele Verfahren auf ihre Weise. Daß die Mörder auch in diesem Fall wieder straflos ausgehen sollen, kann die Todesschützen doch nur bestärken.

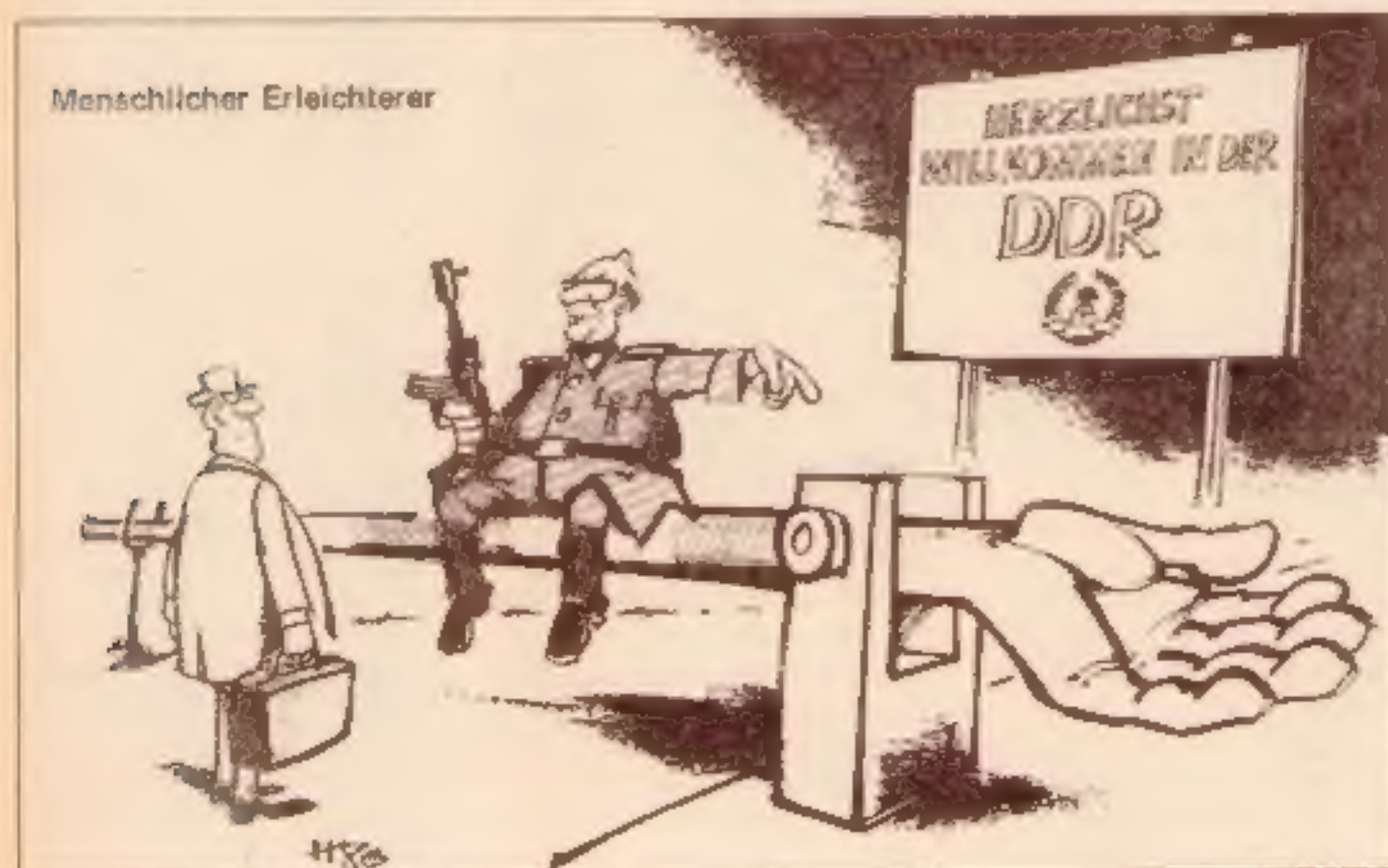
Wir Arbeitnehmer  
der Firma  
X. Heine & Sohn wählen  
FRANZ JOSEF STRAUSS!

Auch dieser  
Trick hat nicht  
geholfen!

Vorher...  
...Nachher  
(„Südwest“, 11.10.80)

Wir, die Inserenten der Anzeige vom 4. 10. waren nicht berechtigt, im Namen aller Arbeitnehmer der Firma X. Heine & Sohn, eine Wahlempfehlung zur Bundestagswahl abzugeben.  
H. Günter

## Karikatur der Woche



## Parteilbüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteilbüros sind Kontaktstellen der KPD und der Partei. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION RÖTER MORGEN, 4000 DUISBURG 30, Westinghoffer Str. 100, Tel. 8231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4000 BIELEFELD 1, Parteilbüro der KPD, Schloßstr. 58, 3300 KANNOVER, Parteilbüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel. 0511 / 44 51 82, geöffnet: Sa 10-12 Uhr.

4000 BOCHUM, Parteilbüro der KPD, Dörflinger Str. 86, 3000 BREMEN (Hafen), Buchladen „Roter Morgen“, Keller, Tel. 70, Tel. 0421/28288, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4100 BARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Karmelstr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 16-18, Mi 12-13, Sa 10-12 Uhr.

4800 DORTMUND 1, Parteilbüro der KPD, Karmelstr. 12, Einfeld, Cappelstr. 51, Tel. 0231/5323, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17-19 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: O. Weidmann, Meiner Str. 24, Tel. 0203/443014.

4100 DUISBURG (Eifel), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Amfischisches Zentrum“, Alt-Eifel 7, 0203/443014, Sa 10-12 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dörge, Kurfürstendamm 24, Tel. 6611/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-12 und 14-16, Sa 9-13 Uhr.

7600 FREIBURG, Parteilbüro der KPD, Karmelstr. 12, 0711/432043, geöffnet: Mi, Fr 15-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

8000 HAMBURG 8, Buchladen „Roter Morgen“, Schillerstr. 55, Tel. 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

1000 KANNOVER, Parteilbüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel. 0511/44 51 82, geöffnet: Sa 10-12 Uhr.

1000 KANNOVER, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmer-Keller, Karmelstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

1000 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linker Weg“, Guelternstraße 25 D (Nähe Kaiserplatz), geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 11-13 Uhr, Tel. 071/846408.

5000 KÖLN 1, Buchladen „Roter Morgen“, Gütenbergstr. 46, Tel. 021/432043, geöffnet: Mo, Mi, Fr 15-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

1000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff und Lesesaal „Roter Morgen“, Karmelstr. 12, Tel. 021/554956, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-12 Uhr.

1000 MÜNCHEN, Parteilbüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel. 089/432043, geöffnet: Mi, Fr 15-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

1000 STUTTGART 1, Parteilbüro der KPD, Hauptbahnhof, 107, 0711/432043, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 85 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel. 030/465 36 65, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-12 Uhr.